

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Interaten-Annon. GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plagvorkosten ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Victoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mitverband Bochum.

## Sicherheitsmännerwahl im Saargebiet.

Die Saarbergarbeiter wählen am 24. April ihre Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse. Seit Jahren hat der Verband auch für das Saargebiet, das der Völkerverbundregierung untersteht, das Betriebsrätegesetz gefordert. Dieser Forderung brachte der französische Staat als politischer Inspirator im Saargebiet, ebensowenig die Völkerverbundregierung selbst, nicht das geringste Interesse entgegen. Das Recht der Arbeiter im Betriebe zeitgemäß zu verbessern, lehnte die Regierungskommission in den vergangenen zehn Jahren ihrer Regierungstätigkeit stets ab. Sie hat sich damit zum getreuen Sachwalter der arbeitsrechtsfeindlichen Unternehmer gestempelt.

Die Saarbergarbeiterschaft untersteht somit noch der Gehegung, die aus dem Stummischen Geiste des ehemaligen Dreiklassenparlamentes geboren wurde, damit auch dem alten Sicherheitsmännergesetz, welches die Berggewaltigen 1908 als „weiße Salbe“ bezeichneten.

Der Verband hat dann auch in der Nachkriegszeit im Saargebiet, nach Erwachen der Bergarbeiter aus ihrem patriarchalischen Traum, die ehemalige „weiße Salbe“ mit roter, in die Zukunft leuchtender Farbe zu mischen versucht.

Die ungenügenden Rechte der Ausschuss- und Sicherheitsmänner konnten durch tarifvertragliche Abmachungen erweitert werden, ohne jedoch damit eine Gleichstellung mit den Rechten der deutschen Betriebsräte erreichen zu können. Wir hoffen aber, daß am 24. April die 21 Jahre alten Saarbergarbeiter wohl zum letzten Male nach dem Gesetz der Vorkriegszeit wählen. Die nächste Wahl wird wohl auf Grund der Bestimmungen des deutschen Betriebsrätegesetzes stattfinden und damit auch den Saarbergarbeitern eine bessere Mitwirkung im Betriebe sichern.

Die Wahl am 24. April muß eine reifliche Beteiligung aller wahlberechtigten Bergarbeiter bringen, um den Gegnern der Gewerkschaften zu zeigen, daß gewerkschaftliche Schulung und Ueberzeugung den saarabischen Geist überwinden hat und daß die Saarbergarbeiter reif für das neue Recht geworden sind. Die Wahlbeteiligung soll aber auch den heutigen Machthabern — Regierung und Bergverwaltung — zeigen, daß der letzte Bergarbeiter in aktivem Interesse an der Gestaltung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anteil nimmt und das Recht der Mitbestimmung auf den Arbeits- und Produktionsstätten verlangt.

Der heutige Sicherheitsmann ist zugleich Mitglied des Arbeiterausschusses und berufen, die Interessen seiner Mitkameraden zu vertreten. Die Wahlbeteiligung bezeugt ihm das Vertrauen der Belegschaft und stärkt den Erfolg seiner Arbeit. Nach dem Gesetz hat der Sicherheitsmann die Aufgabe, über Leben und Gesundheit der Arbeiter seiner Abteilung zu wachen.

Diese Prüfung der Betriebe erfolgt im Monat in zwei Fahrtschichten. Die Tage der Befahrung werden vom Sicherheitsmann bestimmt. Die bei der Befahrung festgestellten Mängel hat er in das Fahrbuch einzutragen. Im Jahre 1928 haben die Sicherheitsmänner in 600 Fällen Eintragungen über Mißstände gemacht. In diesen Eintragungen sind die Verbandsicherheitsmänner fast reiflos beteiligt.

Bei schweren Unfällen in seiner Abteilung hat der Sicherheitsmann das Recht, an der Untersuchung teilzunehmen, um die Ursache festzustellen, ferner als Mitglied des Arbeiterausschusses Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis der Grubenverwaltung zu bringen. Durch Tarifvertrag sind die Rechte der Sicherheitsmänner und der Arbeiterausschüsse erweitert. Nach § 5 der Arbeitsordnung ist das Mitglied des Arbeiterausschusses, wenn es von einem Belegschaftsmitglied bevollmächtigt ist, dessen Vertreter in Anliegen und Beschwerden.

Nach § 17 der Arbeitsordnung sowie nach dem Tarifvertrag müssen Anfahrtszeit und Pausen über Tage mit dem Arbeiterausschuss geregelt werden.

Im § 24 der Arbeitsordnung ist gesagt, daß keine Kameradschaft unter dem tariflichen Mindestlohn ausgezahlt werden darf, wenn nicht vorher der Sicherheitsmann gehört wurde. Bei Gewährung von Zulagen und Bezahlung unter dem Vollarbeiterlohn ist das Mitglied des Arbeiterausschusses zu hören.

Des weiteren kann nach § 33 der Arbeitsordnung der Arbeiterausschuss die Kohlenförderung durch ein von ihm gewähltes Belegschaftsmitglied überwachen lassen.

Eine der wichtigsten Obliegenheiten im Interesse der Bergarbeiter ist die Tätigkeit in den Tarifausschüssen. Jeder Streitfall aus dem Arbeitsverhältnis wird von dem aus den Reihen des Arbeiterausschusses gewählten Tarifausschuss untersucht und entschieden. In Hunderten von Fällen entscheidet jährlich der Ausschuss über das Recht seiner Mitkameraden.

Diese wenigen Beispiele zeigen die Wichtigkeit der Aufgaben der Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner in den Betrieben. Es ist daher selbstverständlich, daß der aufgeklärte Arbeiter seine Stimme den Kameraden gibt, welche die Gewähr für eine mannhaft Vertretung bieten und einer Organisation angehören, welche die Berufsinteressen auf

dem Boden des Klassenkampfes gegenüber dem Klassengegner, dem Unternehmertum, vertritt.

Die Bergarbeiter müssen bei der Wahl selbst beurteilen, ob die Kandidaten des christlichen Gewerksvereins oder die Kandidaten unseres Verbandes den Beamten und der Grubenverwaltung gegenüber die rückgratfesten Vertreter sind, welche die Bergarbeiter in ihrem schweren Kampf notwendig haben. Wir wissen, daß unsere Kandidaten dabei nicht abfallen werden.

Bei den Ablegungen 1928 gehörte die Mehrheit der Betroffenen dem Verbands an. Bei Verlegungen sind es in der Mehrheit Verbandsmitglieder. Daraus ergibt sich, daß die Grubenverwaltungen die freiorganisierten Arbeiter und ihre Funktionäre am meisten fürchten. Selbst Geistes, welche bei den Grubenverwaltungen vorstachen und sich als Anwälte aufspielten, hat die Verwaltung Konzeptionen gemacht.

Am 24. April versucht der christliche Gewerksverein, die Mehrheit der Stimmen und Mandate zu erobern. Mit freudiger Genugtuung verfolgt derselbe die Zersplitterungsarbeit der kommunistischen Partei und ihrer Presse, welche

bei der Wahl die Aufstellung eigener Kandidaten gegen die Verbandskandidaten empfiehlt und dadurch die Stimmen und Mandatsziffern des Verbandes zugunsten der Gegner zu mindern versucht. Alle, auch die kommunistisch eingestellten Verbandsmitglieder müssen die gewerkschaftliche Zersplitterung ablehnen!

Allen Gegnern zum Trotz wählt der aufgeklärte Bergarbeiter am 24. April die Kandidaten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Wohin der christliche Kurs geht, zeigen die Vorgänge im Reich. Dem armen Arbeitslosen soll die jämmerliche Unterstützung gekürzt werden, um den Großagrariern die Taschen zu füllen. Gegen diese arbeiterfeindliche Politik kämpfen die freien Gewerkschaften!

Auch die Saargrubenverwaltung versucht, die Absätze auf die Schultern der Bergarbeiter abzuladen. Feiertagen, Verlegungen und Entlassungen sind die Merkmale der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Gegen diese Maßnahme anzukämpfen ist Pflicht des Verbandes und seiner Betriebsvertretung.

Am 24. April machen alle 21 Jahre alten Bergarbeiter von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Eine starke Wahlbeteiligung gilt als Demonstration gegen die unsozialen Maßnahmen der Regierung und Bergverwaltung.

Deshalb auf zur Wahl der Verbandslisten für das Recht der Arbeit!

## Bürgerblut — Volksausplünderung!

Wenn früher ein Sozialdemokrat sich mühte, eine Koalitionsregierung und eine Regierungserklärung zustande zu bringen, wenn das in einigen Tagen nicht gelang, dann schrieb die kapitalistische Presse über Verlagen des Parlamentarismus, der Demokratie, erging sie sich in Hohn und Spott gegen die „Staatsmänner“. Und heute? Bierzehn Tage gepöbelt das Kabinett Brüning hin und her, windet es sich unter der Abhängigkeit von Deutschnationalen und Wirtschaftsparteilern, läßt sich sein „Programm“ Stück für Stück zerreißen, hat aber nicht den Mut, an das Volk zu appellieren!

Daß es in einem Teil der Presse Angriffe gegen die Sozialdemokraten, insbesondere aber gegen die Gewerkschaften regnet, denen man vorwirft, daß sie die Partei zu dem Konflikt getrieben haben, versteht sich von selbst. Die Gewerkschaften und auch wir bekennen uns zu der Notwendigkeit dieses Konflikts, der aus Ablehnung der sozialpolitischen Gewerkschaftsforderungen entstehen mußte.

Ueber den Kampf um die Arbeitslosenversicherung und die Steuern sind unsere Kameraden unterrichtet. Die Vorlage, für welche die Sozialdemokraten einzutreten bereit waren, sicherte die Arbeitslosenversicherung. Das war der Preis, der gezahlt werden sollte für die jenseitigen, gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten in die Vorlage ausgenommenen Bestimmungen. Die Vorlage sah vor, daß die Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung die Beiträge bis auf 4 Prozent erhöhen konnte. Für einen solchen Beschluß war zunächst die Arbeiter- und Unternehmergruppe zuständig; konnten sie nicht einig werden, dann sollte die Entscheidung bei der Regierung liegen. Der Vorstand sollte weiter Reformvorschlüsse für die Arbeitslosenversicherung ausarbeiten, eine Milderung der festgelegten Leistungen sollte aber nur auf gesetzlichem Wege vorgenommen werden können.

Damit war der gefährlichste Vorstoß gegen die Arbeitslosenversicherung abgewehrt.

Dem Notstand der Arbeitslosenversicherung sollten ferner 50 Millionen aus der Industriebelastung und 30 Millionen aus der Lohnsteuer zugeführt werden, soweit das Aufkommen 1425 Millionen übersteigt. Die bisherigen Reichsdarlehen sollten bei den Ausgaben der Reichsanstalt zunächst nicht in Betracht gezogen werden. Die Darlehenspflicht des Reiches wurde nicht aufgegeben.

Alle Minister im Kabinett Müller, auch die von der Deutschen Volkspartei und vom Zentrum, stellten sich auf den Boden dieser Vorlage, die denn auch den Reichsrat passierte und am 8. März dem Reichstag vorlag, um hier von denselben bürgerlichen Ministern bekämpft zu werden!

Der neue Kompromißvorschlag, auf dessen Boden das Kabinett Brüning stand, beseitigte zwar nicht ausdrücklich die Darlehenspflicht des Reiches, lockerte sie aber auf Umwegen. Die Reichsanstalt wurde in der Hauptsache auf feste Einnahmen verwiesen. Die Beiträge sollten auf 3,5 % stehen bleiben, für 1930 sollte ein fester Reichszuschuß gewährt werden. Auf dem Verwaltungswege sollten die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen. Diese Bestimmung war gefährlich, weil es mit ihr möglich ist, bei beruflicher Arbeitslosigkeit die Höchstdauer der Unterstützung herabzusetzen. Ebenso könnten für unständig Beschäftigte, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter Höhe und Dauer der Unterstützung abweichend von den bisherigen Bestimmungen festgesetzt werden. Die Darlehenspflicht des Reiches wurde an Bedingungen geknüpft, die zu einer Senkung der Leistungen anreizen: im Falle eines Fehlbetrages Beitragserhöhung,

Leistungsverminderung oder neue Steuern. Bei der Stellung der Deutschen Volkspartei, dem Sturm der Unternehmer gegen Beitragserhöhung, für Leistungsverminderung, bei der Steuerfurchen der Bürgerlichen war diese Bestimmung nicht zu ertragen.

Die Summen, um die es sich bei dem ganzen Konflikt handelte, sind für ihn keine Erklärung. 1/4 oder 1/2 Prozent Beitrag mehr, 50 Millionen aus der Industriebelastung oder nicht, 100 oder 200 Millionen Steuererleichterung mehr oder weniger, das alles spielt bei einem Etat von 11 Milliarden Mark keine Rolle. Ausschlaggebend war der Wille der ganzen Industrie und ihrer Vertretung, der Deutschen Volkspartei, aus Profitinteressen, aus lohnpolitischen Gründen die Sozialversicherung abzubauen. Deshalb mußte es zu dem Bruch kommen, der, rückschauend betrachtet, länger vorbereitet gewesen zu sein scheint. Monatelang schon fahelte die bürgerliche Presse davon, daß die Sozialdemokratie Verantwortung in schwerer Zeit scheue und deshalb trachte, aus der Koalition herauszukommen. Daran war kein wahres Wort! Die Sozialdemokraten wollten in vollem Einverständnis mit den Gewerkschaften in der Regierung bleiben, solange sie irgend tragen und verantworten konnten, was ihnen dort zugemutet wurde. Voraussetzung für sie war aber immer: Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen oder, wo das nicht möglich war, Erhaltung des Errungenen, Abwehr von Verschlechterungen. Aber sie konnten nicht die Hand dazu bieten, daß Leistungen der Sozialversicherung nebensächlich abgebaut wurden, daß Steuerlasten untragbar verteilt wurden. Deshalb ihr Austritt, von dem die „Gewerkschafts-Zeitung“ schreibt:

„In Befinnungsgemeinschaft verbunden sind wir mit der Sozialdemokratischen Partei. Ihre Ablehnung des Vorschlags Brüning findet unseren ungeteilten Beifall, in den kommenden Kämpfen findet sie uns stets an ihrer Seite, auch im Wahlkampf, wenn der letzte Versuch mit diesem Reichstag... mit der Auflösung enden sollte.“

Im Augenblick, in dem wir dies schreiben, ist der Reichstag um einige Stunden vertagt, weil das Steuerbuckett der neuen Regierung zerzaust und zerrissen und eine Einigung der Bürgerlichen Stunde um Stunde schwieriger scheint. Ob es ohne Auflösung geht, ist bis zum letzten Augenblick noch nicht zu sagen.

Aber schon diese eine Bürgerblutwohle sollte es jedem Arbeiter und jeder Arbeiterfrau einhämmern, daß alles proletarische gesammelt werden muß unter dem Kampfruf:

**Nieder mit der Sozialreaktion!**

Aus der Bauernhilfe, wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften sie mitmachen wollten, hat die Regierung Brüning unter dem Druck der Deutschnationalen, der „Grünen Front“, und der Hermes-Gruppe im Zentrum ein

**volksausplünderndes Agrarzollprogramm**

gemacht, das in seiner Frechheit und Unsinngigkeit seinesgleichen sucht. Bauern und Landarbeiter können kein Korn für 7 M., kein Schwein für 45 M. je Zentner verkaufen. Deshalb waren Gewerkschaften und Sozialdemokraten bereit, durch bewegliche Zölle einen angemessenen Preis zu sichern. Die vereinbarten höchsten Preise, 230 M. je Tonne Roggen, 260 M. für Weizen, erschienen schon zu hoch, sie wurden aber um des großen Ganzen willen in Kauf genommen. Das neue Brüning-Schiele-Programm steigert aber diese Preise ins Unfinnige, indem es aus den höchsten Preisen niedrigste macht und andere unglaubliche Verschlechterungen vorsieht. Der Schweinepreis soll auf

85 M. getrieben werden, der Zoll kann von 27 auf 36 M. erhöht werden, der Eierzoll wird von 6 auf 40 M. erhöht.

Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch soll ab 1. Juli fortfallen!

1928 hatten die Bürgerlichen eine Herabsetzung des zollfreien Kontingents für Gefrierfleisch von 120 000 auf 50 000 T. durchgesetzt, alle späteren Erhöhungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten wurden abgelehnt. Jetzt soll das zollfreie Kontingent und damit das wenige billige Fleisch für die Armen ganz verschwinden!

man es in geringem Umfang liefern könnte, wäre es sicher schlechte Qualität von abgemolkenen Kühen usw., auf keinen Fall wird es einen Vergleich mit dem an Qualität hochstehenden Gefrierfleisch aushalten. Aber was macht das! Die Herren Agrarier und Schloßbarone sind ja auf dies billige Fleisch nicht angewiesen!

Auch von anderer Seite betrachtet ist diese Aktion unsinnig und ungerecht. Will man 50 Millionen Tonnen Frischfleisch für arme Leute liefern, so hat das Reich mindestens 45 Mill. M. draufzuzahlen! 1923 ist die Gefrierfleisch-einfuhr bis 1933 gesichert worden. Die Fleisch-einfuhr-gesellschaft und die Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine haben dafür große Anlagen geschaffen, die wertlos werden und für die beide Gesellschaften 50 Mill. M. Ersatz einlagen werden.

Das sind einige Stücke aus dem Bürgerblock-Tollhaus, andere wollen wir demnächst betrachten. Sie wie die unsichere Lage des Kabinetts, die sehr wohl noch zur Neuwahl führen kann, mahnen das Bergvolk, auf der Hut zu sein, dem Ruf der Gewerkschaften zum Kampf gegen die Sozialreaktion zu folgen und

den Arbeitersieg für eine Neuwahl vorzubereiten!

Das Internationale Exekutivkomitee

der Bergarbeiterinternationale hielt am 31. März und 1. April eine Konferenz in Madrid ab. Damit wurde einem seit Jahren ausgesprochenen Wunsch der spanischen Organisation entsprochen. Wegen der weiten Entfernung hatten sich aber Holland, die Tschechoslowakei, Desterreich und Schweden entschuldigen lassen. Die Konferenz fand im „Volkshaus“ statt, dem sauber umgebauten Hause eines spanischen Granden, das aber nur Büros und Sitzungsräume sowie ein kleines Café enthält.

Nach einem Gedenken der Opfer, wieviel Katastrophen der Bergbau seit der letzten Konferenz gefordert habe, wurde eine Reihe interner Organisationsangelegenheiten behandelt. Einer Anregung der Internationale der Steinarbeiter folgend, soll der Frage der Steinlungenerkrankung von den drei Internationalen der Stein-, Fabrik- und Bergarbeiter besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Vom Internationalen Arbeitsamt (I.A.) ist für den Sommer eine Silikosekonferenz nach Johannesburg (Südafrika) einberufen. Eine Vertretung der Arbeiterorganisation bei dieser Konferenz war nicht vorgesehen; den englischen Gewerkschaften ist es aber gelungen, die Teilnahme eines Arbeitervertreters durchzusetzen. Eine Erweiterung dieser Arbeitervertretung soll durch das Sekretariat versucht werden. Aus den verschiedenen Ländern wurde über den Stand der Silikose-Erkrankungen und ihre Behandlung als Unfallkrankheit berichtet. Das Sekretariat wurde beauftragt, beim I.A. die Zulassung weiterer Bergarbeitervertreter für die Konferenz in Johannesburg durchzusetzen und ebenso die Möglichkeit auszunutzen, daß in der gewerbehygienischen Kommission des Völkerbundes bei Beratung dieser Frage im kommenden Sommer Bergarbeitervertreter teilnehmen.

Zur Generalversammlung des deutschen Verbandes in Breslau wurde der zweite Vorsitzende, Kamerad De Jardin, als Vertreter der Internationale delegiert.

Der norwegische Bergarbeiterverband hat in seiner Leitung mit 7 gegen 6 Stimmen beschlossen, seinen Vertrag mit dem russischen Verband aufrechtzuerhalten. Damit ist die Mitgliedschaft in der Bergarbeiterinternationale unvereinbar. Da die norwegische Gewerkschaftszentrale der Amsterdamer Internationale angeschlossenen ist, soll vor der endgültigen Entscheidung über die Weiterdauer der Mitgliedschaft des norwegischen Bergarbeiterverbandes bei dieser Zentrale angefragt werden, ob der Bergarbeiterverband ihr noch angehört. Eventuell soll durch Vermittlung dieser Zentrale noch einmal auf Verringerung des Beitrages hingewirkt werden. Wenn das vergeblich ist, kann die Mitgliedschaft der norwegischen Organisation nicht bestehen bleiben.

Zu den Kosten der vom Internationalen Gewerkschaftsbund (I.G.B.) betriebenen Agitation unter den Bergleuten in Nord-

frankreich wurde der von der Internationale geforderte Beitrag bewilligt. Auf Wunsch der spanischen Delegation soll die Aufmerksamkeit des I.G.B. auf den Bergbau in Marokko und die Notwendigkeit der Organisierung der dortigen Bergleute gelenkt werden.

Die Organisation des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Krakau (Polen), der 40 Jahre nach dem ersten Kongreß in Solimont stattfindet, wurde eingehend besprochen. Eine Anzahl Berichte und Entschlüsse lagen schon im Entwurf vor. Der Kongreßbeitrag wurde auf 20 M. für jeden Delegierten festgelegt.

Ein voller Tag wurde der Besprechung der internationalen Kohlenlage und der internationalen Arbeitsbedingungen gewidmet. Der Stand dieser Fragen wurde nach allen Richtungen durchgesprochen, um Richtlinien zu haben für die zukünftige Behandlung dieser Fragen durch die Internationale. Die bisherigen Verhandlungen in Genf und ihre noch mageren Erfolge wurden einer kritischen Besprechung unterzogen, auch andere bemerkenswerte Einzelheiten besprochen. Die Beratungen endeten mit einstimmiger Annahme folgender

Entschlüsse:

„Angesichts der chaotischen Zustände der europäischen Kohlenindustrie und des Kohlenmarktes sowie angesichts der ohne jede internationale Regelung und ohne Rücksicht auf die Interessen und die Sicherheit der Arbeiter sich vollziehenden Rationalisierung — ein Zustand, der zu Kämpfen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern führt und die Gefahr internationaler Konflikte heraufbeschwört — dankt das Internationale Komitee dem Völkerbund für seine Enqueten und dem Internationalen Arbeitsamt für seine Aktion und insbesondere für die Einberufung der im Januar 1930 stattgefundenen Kohlenkonferenz, und beschließt wie folgt:

Die Bergarbeiterinternationale nimmt Kenntnis davon, daß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes die Frage der Arbeitsbedingungen in den Bergwerken auf die Tagesordnung seiner Konferenz vom Juni dieses Jahres gesetzt hat. Sie spricht die Hoffnung aus, daß die Delegierten der Regierungen den Forderungen der organisierten Bergarbeiter, insbesondere in bezug auf die Arbeitszeit, Rechnung tragen und daß die Konferenz über diesen Punkt ein genau abgefaßtes und endgültiges Abkommen treffen wird. Sie stellt fest, daß die Frage einer internationalen Verständigung der kohlenzeugenden Länder seit den verschiedenen Beratungen, die darüber unter der Leitung des Völkerbundes 1929 stattgefunden haben, keine Fortschritte gemacht hat. Die Kohlenfrage hat indessen trotz

Umflucht! Vorsicht! Rückflucht!

Obwohl es allmählich eigentlich jedes Kind wissen müßte, daß es lebensgefährlich, ja geradezu selbstmörderisch ist, Petroleum oder Benzin in eine schwelende Flamme zu gießen, melden doch Woche um Woche die Zeitungen aus allen Teilen der Welt, daß es noch Unfälle gibt, die auf derartigen Leichtsinne zurückzuführen sind. Immer wieder wird es bei der Arbeit sowohl wie im Haushalt versucht, eine unter der Asche glimmende Flamme zu entfachen, indem eine brennbare Flüssigkeit in die Glut gegossen wird. Meist ist es einfach nur Faulheit und Bequemlichkeit, weil die Betreffenden sich die Mühe sparen wollen,



Öl ins Feuer gießen muß Du büßen!

mit ein wenig Sorgfalt und einigen geschickten Handreichungen die schwelende Flamme neu zu entfachen.

Die Gefahr besteht darin, daß die brennbare Flüssigkeit nicht eine sanfte Flamme, sondern eine explosionsartig aufzuckende, sofort auf das Gesicht übergreifende Feuerfäule hervorruft. Dabei werden nicht nur Gesicht und Hände oft schwerstens verbrannt, sondern auch die Kleider fangen Feuer, es entstehen Stubenbrände, Wohnungsbrände, Hausbrände. Und oft hat man die Körper solcher Unglücklichen in völlig verkohltem Zustande vorgefunden.

Man soll nicht, um einige Minuten zu sparen, sein Lebensglück aufs Spiel setzen und die Gefahr in Kauf nehmen, wemöglich Tage, Wochen und Monate seines Lebens im Krankenhaus zubringen oder gar unter schweren Qualen dem Tod anheimfallen zu müssen.

der leichten Besserung, die in einzelnen Ländern festgestellt werden konnte, nichts von ihrem Ernst verloren — im Gegenteil deuten die Anzeichen darauf hin, daß die Krise keineswegs überwunden ist, sondern sich in Zukunft sogar noch verschärfen wird.

Die Bergarbeiterinternationale lenkt daher die ernste Aufmerksamkeit des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes sowie des Internationalen Arbeitsamtes auf diese Tatsachen und fordert eindringlich, daß die vorgesehene Konferenz der Kohlenländer unter Beteiligung der Bergarbeiter so schnell wie möglich einberufen werde und daß sie zur Annahme des in Aussicht genommenen internationalen Abkommens führe.“

Die nächste Komiteesitzung soll vor dem Kongreß am 12. Mai in Krakau stattfinden. Mit herzlichen Dankesworten des Vorsitzenden De Jardin an die spanischen Kameraden für die freundliche Aufnahme und Unterstützung fand die Konferenz ihr Ende.

Fern im Süd das schöne Spanien.

Land und Wirtschaft.

Es ist ein gewagtes Unterfangen, etwas über ein Land zu schreiben, dem man nur auf einen Sprung einen Besuch abstattet, ohne seine Sprache zu beherrschen. Für uns kommt ja bei einem solchen Besuch auch nicht nur die Schönheit eines Landes, seine historische Vergangenheit und seine Denkmäler, sondern auch seine Stellung in der Gegenwart, seine Produktion, sein Handel, sein Bergbau und seine Arbeiter in Frage. Wir wollen trotzdem an dieser Stelle etwas festhalten von den Eindrücken, die wir auf unserer Reise nach Madrid und zurück nach Barcelona empfingen.

Spanien hat am Weltkrieg nicht nur nicht teilgenommen, sondern es hat sich sogar eine direkt deutschfreundliche Haltung bezogen. Achtung und freundschaftliche Stimmung gegen Deutsche begegnet man, sozwar wir beobachteten konnten, überall im Lande, in den Städten findet man auch viel Gelegenheit, sich deutsch zu verständigen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist ziemlich rasch fortgeschritten. Volkseinkommen und Volkseinkommen haben sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht, Milliarde und im Ausland angelegt und auch in der heimischen Industrie und Landwirtschaft sind im letzten Jahrzehnt jahresweise 2 Milliarden Pesetas investiert (1 Peseta = nominell 20 M., gegenwärtiger Kurs 33 bis 35 Pf.).

Der Handel Deutschlands mit Spanien ist nicht unerheblich und in ständiger Steigerung begriffen. Er gestaltet sich wertmäßig wie folgt in Millionen Mark:

Table with 3 columns: Year, Import (Einfuhr), Export (Ausfuhr). Rows for 1926, 1927, 1928.

Industrie und Landwirtschaft werden in Spanien mit Staatsinterventionen und anderen Maßnahmen weitgehend unterstützt. Das erstreckt sich auf Einzelheiten, wie z. B. auf Vorschriften, daß und wieviel einheimische Kohle von den Industrieunternehmungen verbraucht werden muß. Ausländisches Kapital darf in spanische Gesellschaften nicht über 3 Prozent aufgenommen werden. Ein oberer Volkswirtschaftsrat hat die Kontrolle über den gesamten Wirtschaftsprozess des Landes. Zur Gründung neuer Unternehmungen, zur Standortverlegung usw. ist Genehmigung erforderlich. Sozialpolitik und Arbeiterfragen scheinen nicht sonderlich vernachlässigt zu sein. In lokalen und provinziellen Arbeitsausschüssen zur Regelung sozialer Fragen, von Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Arbeiter paritätisch vertreten. Der verhasste Diktator Primo de Rivera hat sich mit den Ge-

werkschaften verhältnismäßig gut gestellt. In den industriellen Bezirken schied er absolute Mehrheit bei den Wahlen zu diesen Bezirksvertretungen vor, so daß dort nur Sozialisten und Gewerkschafter in den Ausschüssen sitzen. In den ländlichen Gegenden schied er eine Minderheitsvertretung für unsere Gewerkschaften als Gegengewicht gegen die Unternehmer und die kirchlichen Arbeiterorganisationen. Ueber Beschäftigungen während der Diktaturperiode klagen die Gewerkschaften gar nicht. Im Parlament saßen nur rechts Sozialisten, aber das Parlament tagt seit Jahren nicht. Nur Ausschüsse haben gutachtlich gearbeitet und u. a. einen Verfassungsentwurf fertiggestellt, der eine konstitutionelle Monarchie und die Staatskirche vorsieht, wirtschaftlich und sozialpolitisch sich aber der Neuzeit anzupassen bemüht. In Städten und Gemeinden haben Sozialisten und Gewerkschaften, soweit sie vorhanden sind, anscheinend erheblichen Einfluß.

Der Bergbau Spaniens erzeugt vielleicht 6 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr, 1 Millionen Tonnen Kupfererz, 3 Millionen Tonnen Eisenerz, 1 Million Tonnen Eisen und Stahl, dazu Weizen, Zinn- und Schwefelerz, Schmelz, Zink, Blei, Silber und einen erheblichen Anteil der Weltproduktion von Quecksilber. Im Kohlenbergbau hat sich die Durchwanderung und Maschinenanwendung in erheblichem Umfang durchgesetzt. Während 1920 die damalige Produktion von 32 Millionen Tonnen Steinkohle mit 39 000 Bergleuten gefördert wurde, wird heute die doppelte Menge mit 27 000 Bergleuten geleistet. Der Bergarbeiterverband hat 15 000 Mitglieder. Der Bergbau scheint aber noch eine erhebliche Ausdehnungsmöglichkeit zu haben, während 1921 175 Bergwerke in Betrieb waren, gab es über 2 000 Bergwerksgesellschaften.

Die Hälfte des Landes ist infolge der Gebirge, der nackten wasserlosen Hochflächen, der ungenügenden Aufforstung unbeskaut. Jährlich wandern 30 000 bis 40 000 Spanier aus, um sich anderwärts eine Existenz zu suchen. Ein erheblicher Teil der Auswanderer kehrt aber später wieder in die Heimat zurück. Nur ein Viertel der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt, deren Produktion schätzt man aber wertmäßig auf drei Viertel der Gesamtproduktion des Landes. Nach den Erntestatistiken gibt es Ernterträge je Hektar in Doppelpentner:

Table with 2 columns: Crop (Weizen, Roggen, Kartoffeln, Zuckerrüben) and Yield (90, 91, 117,0, 243,0).

Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen den Erntertrag in Deutschland. Danach ist nur der Ertrag bei Kartoffeln und Zuckerrüben gleichmäßig. Das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Produktion liegt aber bei Südrüben und Wein. Die hatten nicht Zeit und Geld, um dem reichhaltigen flü-

ssigen Spanien, Andalusien, einen Besuch abzustatten. Es entging uns damit viel landschaftliche und historische Schönheit. Für uns war der erste Blick von Spanien eine große Enttäuschung. Als es hell wurde, hatten wir die Pyrenäen hinter uns. Wir waren auf dem Hochplateau, auf dem Madrid liegt. Ueber endlose Steppen, die zum Teil ungläublich dicht mit Steinen und Felsen übersät sind, schweifte das Auge. Nur hier und da ein kleines Haus, in der Nähe einige Flecken mit einer primitiven Steinmauer umzäunt, einigen Ziegen und Eseln spärliche Nahrung bietend. Hier und da kündigte sich eine größere Siedlung durch eine riesenlange Mauer an, aber Bäume sah man nur sehr spärlich. Weiter über die Ebene steigen Bergzüge in den Himmel, den oberen Rand schneebedeckt in gleißender Sonne unter tiefblauem Himmel steigend.

Die Residenzstadt.

Madrid selbst enttäuscht, wenn man es sich als eine Stadt in lachendem Grün vorstellt. Wo Bäume und Sträucher sind, herrscht Ende März natürlich schon Grün und Blüte vor. Aber abgesehen von einer prächtigen, mit Palmen besetzten Promenade, einigen größeren und kleineren Plätzen, vom botanischen Garten und dem Schlosspark hat Madrid wenig Bäume, Wälder sieht man überhaupt nicht in der Umgegend. Den Schlossgarten darf man überhaupt nicht betreten, vor jedem Tor hält ein Soldat oder Polizist Wache.

Laune oder Interesse der Könige hat auf diesem oben Hochplateau die Residenz entstehen lassen, wie sie in der sandigen Mark aus dem kleinen Kölln an der Spree das stolze Berlin entstehen ließ. So hat in Spanien Fürtürnenmacht auf feineren Hochfläche eine Stadt entstehen lassen, einen Eisenbahnnotenpunkt geschaffen, wo heute 800 000 Menschen wohnen. Stolz Bankpaläste, wie man sie in solcher Anzahl und Macht selten findet, zeugen in Madrid und Barcelona von der Konzentration der Geldmacht in diesen Städten. Nirgendwo sah ich einen Hofpalast so stolz wie den in Madrid. Das Königschloß in riesigen Ausmaßen, hoch über dem Manzanareß gelegen, ist imponant. Das ist aber auch alles. Eine englischblau Menge von Militär in schreiend bunten Uniformen schlenkert um ihn herum und steht an allen Ausgängen Wache. Die Grünanlagen am Manzanareß, der im Zementbett dahinfließt, sind sehr spärlich.

Das spanische Volk ist anscheinend sehr genügsam. Vor allen Dingen hat man Zeit, für nördlichere Gatt kein Verständnis. Ungebuld kennt der Spanier anscheinend überhaupt nicht und scheint sehr verwundert, wenn ein Ausländer sie zeigt. Aber so ruhig der Spanier im einzelnen erscheint, so ungläublich laut erscheint er uns en masse. Man kann sich keinen Begriff von dem Getöse machen, das abends auf den Hauptplätzen herrscht, in Madrid sowohl wie in Barcelona. Die Maß-

# Die armen Bergherren.

**Ihr Kapital verzinst sich nur mit zwei Prozent. — Sie nagen am Hungertuch. — Sie können keine Arbeitszeitkürzung und keine Lohnerhöhung tragen. — Sie wollen weiter im Dunkel arbeiten und lehnen deshalb Selbstkostenprüfung ab. — Sie verkünden Entlassung von 50 000 Bergleuten!**

## Der Reichskohlenrat

hielt seine Vollversammlung am 9. April in Berlin ab. Auf den vorgelegten Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft kommen wir in der nächsten Nummer der „Bergbau-Industrie“ zurück. An den Bericht knüpfte sich eine lebhaft debattierende, aus der wir nachstehend das Wesentliche wiedergeben:

**Marxmöller** hob hervor, daß der Bericht die günstige Lage des Bergbaues im Jahre 1929 widerspiegeln. Das noch im vorigen Jahre übliche Schlagwort „Mengenkonjunktur“ höre man nicht mehr, weil auch die Erlöse wesentlich gestiegen seien. Während man Ende 1929 eine Steigerung des Schichtförderanteils gegen ein Jahr früher um 5,8 Prozent feststellen könne, sei der Lohn im Ruhrgebiet nur um 2,4 Prozent gestiegen, zu Lasten der Unternehmer um faum 1 Prozent. Aus den bisher veröffentlichten Berichten von Montangellschaften gehe hervor, wie sich 1929 die Lage gebessert habe. Die **Harpenner AG.** hatte einen Schichtförderanteil von 1,4 T. gegen 1,249 Ende des Vorjahres. Wenn man Löhnhöhe und Erlöse kenne, könne man annähernd die Gewinne errechnen, die natürlich in der Dividende durchaus nicht zum Ausdruck kämen. Das gute Jahr 1929 ermöglichte den Gesellschaften, die schlechten Monate verhältnismäßig gut zu überleben, während die Arbeiter schwer unter dieser Krise zu leiden haben.

Am Morgen zum Geschäftsführer **Benhold** habe Herr **Silberberg** auf der Generalversammlung der Harpener AG. die Kohlenengesetzgebung verantwortlich gemacht für die Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten bei den Syndikatsverhandlungen an der Ruhr. Das gehe natürlich zu weit, da mit dem Streik der gemischten und reinen Werke das Kohlenwirtschaftsgesetz nichts zu tun habe. Dieser Kampf sei so scharf, weil die Kohlenindustrie ihre Reserven in immer neuen Anlagen stecke, die dann nicht mehr ausgenutzt werden könnten.

Diese volkswirtschaftlich falsche Kapitalanlage habe große Bedeutung, hier werde allerdings auch Kapital gebildet, aber volkswirtschaftlich falsch angelegt. Es sei deshalb nicht zu verstehen, daß der Geschäftsführer **Benhold** in seinem Bericht vor der

## Siebenstundenschicht

warte. Diese Schicht sei nicht nur möglich, sondern aus den verschiedensten Gründen notwendig. Als 1923 die Siebenstundenschicht beibehalten wurde, gaben die Unternehmer feierlich die Erklärung ab, daß die Achtstundenschicht wieder verkürzt werden sollte, wenn die Förderleistung den Friedensstand erreichte und gehalten werde. Jetzt sei der Schichtförderanteil gegen 1913 um 36 Prozent gestiegen, die Voraussetzungen von damals träfen also zu! Der Schichtförderanteil, 1294 Kg. im Dezember gegen 945 im 1913, steige aber weiter, besonders wenn die Kapazität voll ausgenutzt werden könne.

Wenn der Geschäftsführer gesagt habe, daß die Preisfestsetzung auf Grund der Selbstkosten erfolge, so sei das früher der Fall gewesen, aber nicht mehr das letztemal bei der rheinischen Braunkohle. Die Lage des Bergbaues erfordere durchaus keine Preiserhöhung, man erhöhe, um sich der günstigen Marktlage anzupassen. Es sei zu bedauern, daß sich der Wirtschaftsminister **Curlius** dieser Auffassung angeschlossen habe.

Bei dieser Gelegenheit sei auch der Auffassung entgegenzutreten, wie sie **Stolper** auf dem demokratischen Parteitag vertreten habe, daß Unternehmer und Bergarbeiter zusammen die Preise erhöhen, damit die Arbeiter höhere Löhne bekämen. Wahr sei, daß nicht in einem einzigen Falle Kostenpreiserhöhungen beschlossen wurden mit den Stimmen der Unternehmer und Arbeiter gegen Handels- und Verbrauchervertreter. Im Gegenteil stimmten vielfach Handels- und zum Teil auch Verbrauchervertreter gegen Arbeitervertreter für höhere Preise. Zum Schluß erbat **Marxmöller** Aufklärung über die deutsche

Erklärung des Ostelbischen Braunkohlensyndikats in der Frage der Handelsrabatte.

**Generaldirektor Knepper** antwortete **Marxmöller**, daß die Steigerung des Förderleistungsteils doch auch auf die umfassendere Anwendung von Maschinen, auf die Umorganisation des Bergbaues zurückzuführen sei. Dazu sei viel Kapital und seine Verzinsung notwendig gewesen. Harpen verteilte 6 Prozent, im vorigen Jahre aber nichts! In Wirklichkeit verzinsse sich das Kapital im Ruhrbergbau nur mit 2 Prozent und der Bergbau nage immer noch am Hungertuch! (Diese Redeblüte erzielte den Erfolg allgemeinen Gelächters!) Die Kapazität im Ruhrbergbau sei nicht so groß, wie die Zeit des englischen Streiks bewiesen habe. Die **Siebenstundenschicht** sei unmöglich, die Zeit, als sie bestand, habe einen Fördereffekt gebracht, mit dem der Bergbau nicht existieren könne. Zeierschichten und Feldbestände (jetzt über 5,5 Mill. Ton. im Ruhrgebiet) könnten nicht mehr ausgebaut werden. Wenn die Wirtschaftslage sich nicht bessere, reche er nicht nur mit Entlassung der 18 000 Bergleute, die 1929 wieder eingestellt wurden, sondern mit

## Entlassung von 50 000 Bergleuten!

Von Schichtkürzung könne keine Rede sein, es müsse im Gegenteil besser, mehr und billiger gearbeitet werden.

**Marxmöller** wies darauf hin, daß er nur die Tatsache der Steigerung der Förderleistung konstatiert habe, daß daran auch der technische Fortschritt beteiligt sei, wäre allgemein bekannt. Dazu sei aber eine übergroße Kapitalanlage nicht nötig gewesen, diese sei auch nicht für den Grubenbetrieb, sondern in der Hauptsache für Koksöfen und Nebenbetriebe erfolgt. Diese Anlagen scheiden aber bei Beurteilung der Förderleistung völlig aus. Die fehlerhafte Kapitalanlage sei auch vom Standpunkt der wirklich notwendigen Kapitalbindung zu bedauern. Die Zeit der Siebenstundenschicht vor 1923 könne man mit heute nicht vergleichen, damals habe die Inflation und der Raubbau während des Krieges mitgewirkt.

**Dr. Berger** wandte sich gegen die Schwarzmalerei der Unternehmer und gegen **Kneppers** Behauptung, daß die Kohlenherren am Hungertuch nagten. Die bis jetzt bekannten Geschäftsberichte der Montangellschaften zeigten zunehmende Neigung zur Selbstfinanzierung, d. h. zur Errichtung von Neuanlagen aus laufenden Betriebsmitteln, die dann in der Dividende nicht zum Ausdruck kommen. Auch die Abschreibungen seien gestiegen, zum Teil über die übersteigerten Zahlen des Schmalenbach-Gutachtens hinaus. Der Ruhrbergbau habe den Rat des französischen Industriellen **Peyreimhoff** in der „D. Bergw.-Ztg.“ befolgt, gegen die beiden Feinde der Unternehmer, den Steuerfiskus und die Arbeiter, die Methode der Selbstfinanzierung anzuwenden. Wenn schon die amtliche Untersuchung mit einer Gewinnsteigerung von mehr als einer Mark je Tonne gerechnet habe, so könne man für 1929 mit einem Gewinn von mindestens 2,50 M. je Tonne rechnen, selbst wenn man die Schmalenbachschen Abschreibungssätze zugrunde lege. Die Erlösbesserung in 1929 sei bedeutend, nicht nur im Inland, sondern auch wegen der um 3 bis 4 Schilling gestiegenen Weltmarktpreise. Die Arbeitskosten seien auch in 1929 gesunken. Vielen Streik könne man sich ersparen, wenn man die Forderung der Arbeiter erfülle, eine Selbstkostenprüfungsstelle beim Reichskohlenrat einzurichten.

Die Reparationslieferungen seien, privatwirtschaftlich gesehen, für die Unternehmer nicht ungünstig gewesen. Im Jahre 1928 habe das Reich 10 Millionen, 1929 19 Millionen, im ganzen 40 Millionen Mark Vorvergütung an die Kohlenliefernden Unternehmer geleistet.

Die Weltpolitik sei durchaus noch nicht vorbei. Private internationale Verständigung sei falsch, Verständigung zwischen Regierungen, Unternehmern und Arbeitern dagegen notwendig. Ein internationales Kohlenamt, das

Vertragshilfe leisten könne bei Marktvereinbarungen und bei Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen, sei notwendig.

**Dr. Brandi** antwortete, daß die Forderung der Unternehmer nach Entlastung auf dem Gebiet der Löhne und der Sozialpolitik nicht erfüllt worden sei. Bei der heutigen Lage des Bergbaues sei Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhung unmöglich. Die Forderung der Arbeitervertreter nach einer Selbstkostenprüfungsstelle müßten die Unternehmer glatt ablehnen. Was die Arbeitervertretungen wissen müßten, erführen sie schon heute. Weitergehende Forderungen seien auf politische Gründe zurückzuführen. Einen solchen Selbstmord könne man den Unternehmern nicht zumuten.

International seien privatwirtschaftliche Abmachungen vorzuziehen, öffentlich-rechtliche Abmachungen bänden Deutschland, während man sich in anderen Ländern nicht daran töre. Die Interessen der Arbeiter würden auch von den Unternehmern in ihrem eigenen Interesse vertreten. Heute müsse aber die Parole sein: billiger arbeiten, wenn nicht auf dem Gebiet des Lohnes, dann durch Technisierung, Uberschichten usw.

Bezüglich der Handelsrabatte im Ostelbischen Braunkohlensyndikat gaben dann die Vertreter des Reichskohlenrats und des Wirtschaftsministeriums Kenntnis von einem Briefwechsel, der das Ostelbische Syndikat gründlich blamierte. Das Syndikat hatte bekanntlich am 19. März eine Notiz in der Presse veröffentlicht, aus der man entnehmen mußte, daß die hohen Handelsrabatte im Einverständnis mit den behördlichen Stellen zustande gekommen seien. Auf Anfragen dieser Stellen gab das Syndikat eine Antwort, mit der sie die

## Irreführung der öffentlichen Meinung

zugab. Es habe mit dem betreffenden Satz nur sagen wollen, daß die in dem Syndikat selbstständig festgesetzten Handelsrabatte infolge der Prüfung durch amtliche Stellen diesen zur Kenntnis gekommen seien.

**Marxmöller** wies darauf hin, daß dieser Rückzug des Syndikats besser und in seinem eigenen Interesse schon früher öffentlich erfolgt wäre. Wenn aber die Rabatte so hoch seien, so wäre es wohl an der Zeit, dieser Frage von der Preisseite her näherzutreten.

Die Bemerkungen **Brandis** über die Kapazität, ihre Notwendigkeit im Fall des englischen Streiks seien verfehlt. Die eigentliche Ursache der Fehlanlagen sei der Quotenkampf, bei dem starke Werke siegen, schwächere unterliegen und bei dem dann auch Werke zum Erliegen kämen, die noch durchaus produktions- und konkurrenzfähig sind.

**Böllig unbeweisbar** sei **Brandis** Behauptung, daß wir aus politischen Gründen eine Selbstkostenprüfungsstelle beim Reichskohlenrat forderten. Unsere Kenntnis interner Wirtschaftsvorgänge hätten wir noch niemals in unzulässiger Weise benutzt. Wir brauchen aber mehr Klarheit, weil Mitarbeit in der Wirtschaft erfolgreich nur möglich ist auf Grund feststehender Tatsachen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der obererschleifische Syndikatsvertrag mit seinen neuen Änderungen genehmigt.

**Hufemann** gab dazu die Erklärung ab, daß wir nur zustimmen aus Rücksicht auf den polnischen Handelsvertrag. An sich verlangten wir, daß an Stelle des Verrechnungssyndikats ein Verkaufssyndikat trete. Ferner seien nach unserer Auffassung die Privatverträge, die zwischen dem deutschen und polnischen Kohlenhandel geschlossen seien, unter das Kohlenwirtschaftsgesetz und müßten deshalb dem Großen Ausschuss vorgelegt werden.

Bezüglich des neuen Syndikatsvertrags für das Ruhrrevier, der bis Ende April fertig sein muß, wurde dem Großen Ausschuss Ermächtigung erteilt. Nur im Notfall soll das Plenum damit beauftragt werden.

Die Verordnung über den 15-Lo-Bertrag wurde in der alten Form genehmigt, eine andere aus dem Jahre 1921 stammende Verordnung über Sperre gegen Kohlenhändler aufgehoben, da sie keine Bedeutung mehr hat.

Dann berichtete **Eöfller** über den Haushalt des Reichskohlenrats. Die Kosten dieser Behörde und des Reichskohlenverbandes betragen für 1929 1. Pf. je Tonne Kohlen. Von Versteuerung des Produkts durch den gemeinwirtschaftlichen Apparat kann also keine Rede sein.

jen schieben sich nur so dahin, alles schwächt, überdient von Antowen, vom Schreien der Zeitungsverkäufer und Vorkämpfer. Das Spiel der Reiter im Blut zu liegen, hunderte Male am Tage werden einem die Nase vor die Nase gehalten. Für 3 Reiter tag man 1000 Reiter tag gewinnen. Auch der Gewerkschaftsangehörige hat gerade wie jeder andere sein Los in der Tasche. Die Spieltheater zeigt sich auch in den tragbaren Glaskäseäden. Ein Glaskäsead auf einem kleinen tragbaren Tisch wird auf einem Platz, vor den Schulen usw. aufgestellt, dann wird für ein paar Centimes gedreht. Das der Junge Glück, so bekommt er eine kürzere oder längere Stange eines eigenartigen röhrenartigen Gebälks. Für Süßigkeiten schwarzart anzusehen der Spanier überhaut. Hierzulande sieht man sie in solcher Mannigfaltigkeit, nirgendwo bekommt man so herrliches Marzipan wie in Spanien, vorzüglich in Toledo, das nicht nur wegen seiner Städtchen, Zifferarbeiten und Spitzen, sondern auch wegen seines „Marzipans“ berühmt ist.

Un glaublich viel müßig herumklappende Leute sieht man den ganzen Tag. Je später am Abend, desto größer das Gewühl. Die Theater beginnen ihre Vorstellungen erst gegen 10 Uhr abends. Als wir auf die Einladung unserer spanischen Kameraden um 6½ Uhr ein Lustspielhaus besuchten, waren wir enttäuscht über den schwachen Besuch, nicht aber über temperamentvolles Spiel und graziosen Tanz. Von den berühmten spanischen Frauen haben wir natürlich eine Menge, darunter aber wirklich nur wenige Schönheiten, um so mehr verblühte ältere Frauen. Um Schönheiten in größerer Anzahl zu sehen, wird man wohl Andalusien besuchen müssen. Ein Kollege, der glaubte, daß er auf einem Nachtbummel spanische Frauen näher kennen gelernt habe, verweigerte merkwürdigerweise nähere Auskunft, so daß wir über die Mite Spaniens leider nicht viel zu sagen vermögen. Nur unglaublich viel Kinder, wie die Orangenpflanzen, sah man mit jungen Frauen.

Ganz drollig nahmen sich im Großstadtbetriebe von Madrid die kleinen Eise aus. Man denke sich einen riesigen Menschenstrom in den Straßen, ein Logenwachen von Autohuben, Straßenschaubühnen, Geschrei von Verkäuferinnen und Zeitungshändlern. Dazwischen trottet in frohlicher Ruhe ein Geselle, auf dem Rücken einen auf beiden Seiten herabhängenden Sack mit unheimlich hohem Inhalt, oben daran ein kleines zigennerhaftes Mädel. Voran, den Esel an der Leine führend, schreitet eine barfüßige Madonna, hinterher eine Donna in schwarzem Kleid mit Kopfschleier, die immerzu mit einem Stoch auf den Esel einhakt. Ganz knapp geht es an einem Auto vorbei, in einem unanschuldlichen Wortwechsel schimpfen sich die Esel- und Autofahrer aus. Ein typisch spanisches Bild, allerdings soll es auch anderswärts vorkommen, daß Esel von einer holdseligen Madonna angeführt bzw. angetrieben werden

## Toledo, die Felsenstadt.

Anderthalb Tagstunden von Madrid entfernt liegt Toledo, das wir am Sonntag besuchten. Durch baumlose Steppen geht der Zug, weiter grünen schneebedeckte Berge, freundlich grün und blühend unterbricht nur **Moranjuez** die einödrige Landschaft. In Toledo ein neuer prachtvoller Bahnhofsbau, in maurischem Charakter, dann führt ein über Steinweg über den **Tajo** in die Stadt. Wir begannen mit der Besichtigung von **Santa Cruz**, den unbewachten Ruinen eines mittelalterlichen Bauwerks mit prachtvollen Kreuzgängen usw. Toledo war immer der Sitz des höchsten Würdenträgers der Kirche in Spanien. Seine Kathedrale ist von außen wie von innen von überwältigender Schönheit. Riesenhöhe Schiffe, Kreuzgänge und Kapellen, gedämpftes Licht durch bunte Fenster, gegliederte Säulen von riesenhaftem Ausmaß überwältigen. In einzelnen Kapellen sieht man wunderbare Werke von den großen Malern Spaniens, **Murillo**, **Velasquez** und **Greco**, von Rubens und anderen. Überwältigend ist die Pracht der Chorgewölbe, von denen eins mit 60 000 echten Perlen besetzt ist, unglaublich fabelhaft die wertvollen Gold- und Silbergeräte. Auch was Toledo sonst zeigt, Euse und Mäuren von **Greco**, des Malers mit der eigenartig natürlichen jüdischen Auffassung von Jesus, die Besten in denen Regen, Dolche und Schweren, Nadeln, Brechen und Kästen furchtbar zittert werden, ist unvergesslich. Am unvergänglichsten aber ist der Gesamtanblick von Toledo von benachbarter Höhe aus. Ein Auto führt auf vielgewundenen Wegen dorthin. Hundstunde fahle Felsberge, belebt von Sonntagsausflüglern, die es sich auf heiligem Felten „bequem“ gemacht haben, da ihnen kein Baumkätzchen zur Verfügung steht. Auf drei Seiten vom **Tajo** umspült, auf trostlosem Felsgestein Haus an Haus den Berg hinauf kletternd, getrieben vom **Alfazar** und der Kathedrale — so sieht man von hier Toledo vor sich liegen. Unbeschreiblich eindrucksvoll, genau zu schildern unmöglich!

## Barcelonas Weltausstellung.

Von Madrid nach Barcelona fährt man im Schnellzug die ganze Nacht. Die Stadt macht ein Gesamtbild gar keinen spanischen Eindruck, sondern den einer weitereuropäischen Hafenstadt, die recht eng zusammengebaut ist. Außerordentlich hohe Häuser herrschen vor, eng sind die Straßen, trotz der Bantpaläste, ragend die Kolonnaden, von deren Rundbogen, durch Fabrikaltür einziehbar, man einen Blick über die Stadt hat, der sie in verwirrender Enge zeigt. Das Glasstück von Barcelona ist die Weltausstellung von 1929. Wohl noch nie hat eine Weltausstellung ein so prächtiges Gelände zur Verfügung gehabt. Zum Berge führt eine Ausstellungsterrasse, mit großen prächtigen Ausstellungspalästen besetzt. Dann geht es immer höher hinauf

steigt mit Rolltreppen. Die Höhe ködnt ein Regierungsgebäude, hinter und neben ihr zieht sich wieder eine Reihe von Kunst- und Ausstellungspalästen und Gebäuden der verschiedensten Nationen hin. Einen tiefen Eindruck bekamen wir von der in der neuen Kunst Spaniens, die hier ihr besonderes Gebäude hat. Natürlich fehlt auch das faschistische Italien nicht mit einem eigenen Gebäude, vor dem Mussolini Würde hält und in dem man interessant: Einblicke von Italiens Entwicklung tun kann. Daß Deutschland verhältnismäßig hervorragend mit seiner Produktion in Maschinen, Chemie usw. vertreten ist, versteht sich von selbst. Eigenartig, überwältigend schön ist der Anblick von selbst, wenn bis 1 Uhr die Ausstellung besichtigt wird. Alle Ausstellungstrassen sind flankiert von hohen, immer verschiedenartig beleuchteten Glasäulen, vom Hauptgebäude herunter fließen Wasserfälle dreifach nebeneinander, kleine und große Springbrunnen, alle nebeneinander verschiedenartig elektrisch beleuchtet, scheinen ein unvergessliches Bild. So etwas von zusammengehaltener künstlicher Lichtfülle gab es bisher noch nirgends!

## Der heilige Berg.

Auf diese Sensation folgte eine andere, als wir am anderen Tag den **Mont Serrat** besuchten. Mit der Eisenbahn erreicht man **Monistrol**, von wo man das ganze schroffe Felsgebirge mit seinen grotesken Türmen, Spitzen und Zaden in stundenweiter Ausdehnung vor sich liegen sieht. Eine Zahnradbahn führt in einständiger Fahrt an die Bergspitzen, wo ein stolzes Kloster sich in die Felsen eingemauert hat. Dann geht es mit einer anderen Zahnradbahn, an anderen Stellen mit einer Seilbahn steil auf die Höhe. Braucne Wege führen um die Felsklippen, immer wieder den Blick freigebend auf neue Schluchten, neue Abgründe, hinter denen sich und schroff selbst am gebildete Felsen in den Himmel strecken. Die Bildungen sind ausgemauertes Felsgestein wie in der schweizerischen Schweiz, aber hundertfach vergrößert, wunderbar grotesk. Verzauberte Nischen, Säulen und Burgen, ungeheure Totentöpfe glaubt man in den Felsbildungen zu erkennen. Man begreift, wie Geschichte und Schönheit dieser Gebirgsgegend **Richard Wagner** zu seinem Weibeseitenspiel **Parzival** anzuregen konnten. (Der **Mont Serrat** ist der **Mont Salvaatich** der Gralsage.) Zwischen den Felsen hindurch schneit der Blick über weite Strecken fruchtbaren Landes, durch das üppige Lobregatal, ferneher Schneeuppen sitzend. Es ist eine einzigartige unvergessliche Tour, dieser Witzreiter zum **Mont Serrat**!

Reider konnten wir der Einladung der spanischen Kameraden zu einer Fahrt in das Bergwerksgebiet von **Alurien** nicht folgen, weil uns die internationalistische Krise, Reichskohlenratsstreik usw. die Zeit nicht ließen. So fuhren wir dann auf dem schnellsten Wege nach Barcelona zurück, anderthalb Tage in einer Tour, ehe wir die deutsche Grenze erreichten.

# HAUS UND LEBEN

## Ostern des Glaubens an das Leben.

Feiertage sind mehr als zum Ausruhen bestimmt. Sie sollen unseren Geist erheben. Den innerlichen Menschen, der da heute im Aller-Alltäglichen oft erstarrt, sollen sie herausreißen aus der geistigen Dube. Und wir geben den Feiertagen einen Sinn, daß sie uns ganz, in all unserem verschiedenen Hoffen und Suchen und Sehnen, erfassen.

In letzter Tiefe fühlen wir alle eins, und diese letzte Tiefe ist uns Ostern der Glaube an das Leben. Auferstehung, Verjüngung, Sieg des Lichtes: alles aus einer Tiefe, aus einer tiefen, tiefen Tiefe zu Mensch, Leben und Recht. Und zu anderem, Neuem, das dieses Ersehnte möglichst macht.

Da gehen Menschen festtätig gekleidet in die Kirche. Viele nur selten, und nur an den höchsten Feiertagen einmal. Glaubst du nicht, daß sich in ihnen in solcher Auferstehung feiernden Stunde etwas Tiefes des Lebens regt?

Und da frohe Menschen, vom Alltag befreit. Sie schreiten durch die Straßen und wollen wandern. Und Kinder dort suchen vergnügt ihr Osterei. Und das alles im werdenden Verjüngung. Unter der steigenden Sonne. Mitten im schwellenden Knospen der Bäume und der Blumen. Glaubst du nicht, daß sich da hinter all dem äußerlichen Ostertreiben etwas Tief-Ostertliches regt? Etwas von Feier des Glaubens an das Leben?

Das Neulichtliche, das uns unterscheidet, ist nur das Symbol für das Letzte, das uns ziert. Nenne es Auferstehung, nenne es Licht! Nenne es Sieg über den Tod oder nenne es Recht auf das Leben! Es kommt alles aus einer Tiefe. Und lauschest du dem Quell dieser Tiefe, dann hörst du, daß er da in allen gleich klingt.

Jahrhunderte, Jahrtausende hindurch standen Menschen im Banne von Macht. Militärische, wirtschaftliche Gruppen herrschten, und alles Schwellen der Seele, alles Glauben an anderes, an Menschliches, an Leben und Auferstehung ward immer wieder von einem rauhen, vorostertlichen Starren des Daseins erstarrt. Und sie nannten es so oder so und meinten alle das Eine, das da zum freien Aufstehen noch nicht berufen gewesen ist.

Und nun bricht das starre Eis draußen im menschlich-sozialen Zusammenleben. Die Formen wanken, und es wird da etwas wie im werdenden Verjüngung. Verstehst es, wenn noch nicht alle, dieses Wunderjame ganz erfassen, das da geschieht! Lausche der letzten Tiefe deines Bruders, deiner Schwester! Sie meinen wie du. Sie meinen den Frühling. Ostern soll sein! Aber in ihrer durch Jahrhunderte und Jahrtausende geknechteten Seele können sie dieses Große, Nie-Gewesene, dieses Erwachen der Menschheit zu Freiheit und Recht nicht fassen. —

Diese Knospen da draußen sind weiter als jene, und während sich hier oder dort gar bescheiden die Blüte zeigt, regt sich dort noch nichts. Und dennoch: warte bis morgen, und auch dort ist der Frühling da.

Verjüngung verlangt Liebe, Menschheitsliebe viel, viel Liebe. Verzweifelt nicht! Weibe stark! Glaub' an das Leben! Und war all deine Mühe, den Bruder, die Schwester für die Bewegung zur Freiheit zu gewinnen, umsonst: umsonst dennoch nicht. Laßt reifen! Und drängt dennoch und drängt! Denn der Menschheitsfrühling ist angebrochen. Ostern steigt aus der Geschichte heraus. Und viele der Mühen, der Verzweiflungen können es nur noch nicht fassen, daß tatsächlich Ostern wir d.

Weibe stark und kämpft für das Leben! Ihr seid dann die Knospen des Menschheitslebens, an denen eure Brüder endlich erkennen werden, daß der Frühling, ja der Frühling der Menschheit heraufsteigt zum Licht.

Und Liebe wird sein. Und statt der verstehenden, wartenden Liebe wird dann die jauchzende Liebe alle umspannen, die Liebe der Freiheit und der Arbeit in Menschlichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Ostern.

Zu Ostern feiern wir den Sieg des Lebens über den Tod, oder richtiger wohl: den Sieg des Lebens schlechthin. Denn was ist der Tod? Ein Vergehen, wie man sagt, ein Aufhören, ein Ende. Richtiger aber sagt man wohl, ein Verändern; denn ein Zurückfallen ins Nichts gibt es nicht, ebensowenig wie es ein Entziehen aus dem Nichts gibt. Es liegt Dunkel über Geburt und Tod zwar, aber um was kann es sich anders handeln als um Uebergänge, Verwandlungen im von Menschen so wenig verstandenen All! Der ewige Wechsel des Seienden aber ist Leben.

Oberflächlich betrachtet schwindet das Leben, wenn die Körper zerfallen, in denen Leben erkennbar wird und durch die Leben wirkt. Aber nicht einmal die Körper, die Leben enthalten, schwinden, sie verändern sich nur, und zwar fortgesetzt, wenn auch nicht immer gleich stark. Wie sollte das Leben selbst schwinden, aufhören können! Wo und wie sich auch Leben zeigt — es spielt sich ab nach der gleichen ewigen Gesetzmäßigkeit. Leben ist unwirksam, ist ewig. Der Sinn der Ostern ist der Glaube an das ewig Seiende des Lebens.

Der Osterglaube, der Glaube an das Leben ist eine gewaltige Kraftquelle für die Menschen. Mit Schwirren, und zwar wollend, gestaltend mit Schwirren im ewigen Rhythmus des Lebens — das ist Sinn und Aufgabe des Osternlebens. Das, was uns drängt und treibt, was in uns Leben ist, will fruchtbar werden, will wachsen, reif werden, Früchte bilden, so wie auch das Korn in näherer Erde wachsen, reifen, mehr werden will, weil eine geheimnisvolle Lebenskraft es so fordert. Die drängende Kraft im Menschen, das Bedürfnis zum Wachsen, zum Entfalten der natürlichen Anlagen und zum Nutzarmachen dieser Anlagen ist ostertliches Leben. Dieses Leben sollen wir bewußt und überzeugt bejahen; in den Dienst dieses Lebens sollen wir die Kräfte unseres Erkennens und Wollens stellen. Das Erkennenwollen ist, eben weil es Leben ist, ein Erkennenwollen, ein Nicht-anders-können als suchen, forschen, weiterarbeiten. Indem wir aber glauben an dies innere Können und Nicht-anders-können, geben wir dem Leben Schwung und Inhalt, stellen wir Aufgaben in das Leben, fügen wir uns den Zwecken des Lebens. Das eben will uns Ostern als Pflicht zeigen. Mitbauen an dem, was ehrliches menschliches Suchen für recht und gerecht, für gut, schön, edel, notwendig hält — das heißt sinnvoll leben, eben leben, wie es Menschen zukommt und für Menschen selbstverständlich sein sollte. Schaffen im Geiste der Kraft des Ewigen, Naturhaften, das die Welt trägt und erhält, sie füllt und belebt — das ist die Erfüllung des Ostergebots. Das Ostergebot des Frühlingserwachens ist ein Lebens-, Schaffens-, Entwicklungsgebot: Lebe, du Mensch, das Leben, das endlos, ewig ist, das immerwährend

## Der Frühling ruft!

*Die Lerche schmettert Freudenlieder  
Hoch im besonnenen Himmelsblau,  
Denn Frühling - Frühling ist es wieder  
In Berg und Tal, in Wald und Au.  
Bei hellem Klang der Osterglocken  
Flammt Osterfeuerschein ins Land.  
Wer mag noch hinterm Ofen hocken,  
Wenn Wunder über Wunder locken,  
Gestreut aus schöpferischer Hand?*



*Zu neuem Wirken auferstanden  
Ist die Natur nach langem Weh  
Und unter grünenden Girlanden  
Sprießt ihre blumige Allee.  
Heraus - heraus aus dumpfer Enge!  
Der Frühling lockt! Der Frühling ruft!  
Schalmeien jubelnder Gesänge,  
Kaskaden silberheller Klänge  
Erfüllen zaubersam die Luft.*



*Erfreue dich, o Herz, am Schönen,  
Das draußen strahlend aufersteht,  
Die Auferstehungsglocken dröhnen,  
Der Odem neuen Lebens weht!  
Die dunklen Schranken reiße nieder,  
Die deinem Geist noch Bannnis sind!  
Die Lerche schmettert Freudenlieder,  
Denn Frühling - Frühling ist es wieder!  
Wach auf! Steh auf! Das Werk beginnt!*

Victor Kalinowski.

neu wird und entsteht, das wächst und fortschreitet, und lebe es so, wie es die alles tragende, umformende, neugestaltende, weiterbauende Lebenskraft außer dir und in dir will, wie es die mahnende Naturstimme in dir gebietet!

Der Stimme dieser Lebenskraft zu vertrauen, zu folgen, setzt Osterglauben voraus. Ihr gerne zu folgen, freudig zu folgen, ist Glück, Lebens-, Daseinsglück. Glücklich stimmt das Gefühl, sich dem ewig Seienden, dem Lebenden im Weltgeschehen eingefügt zu wissen, zu wissen, daß naturhaftes Leben ewig ist und gleichzeitig auch wahr, gut, schön. Die Lebenskraft, die die Welt füllt, die in uns mit Schwirren, will vorwärts und aufwärts entwickeln, will das Bestehende verbessern. Leben ist kein Stillestehen, Leben ist Bewegung. Wo rings um uns in Natur und All gibt es ein Verharren! Alles ist in rastloser, ewiger Bewegung, ist lebendig. Osterglaube ist Lebensglaube und Lebensglaube ist Glaube an das Wahre, Gute und Schöne, das das Notwendige des Lebens ist, das Leben begründende, Lebenserhaltende, Lebengestaltende, Lebenweiterbildende. Wenn Menschen stillestehen wollen, bloß erhalten, was entstand, haben sie Sinn, Wesen und Geselligkeit des Lebens nicht begriffen.

Der Menschheit von heute fehlt es oft an lebenvertrauendem Osterglauben. Es war allerdings in vielen anderen Zeitabschnitten nicht anders. Der Mensch lebt durchweg zu sehr in engbegrenzter Zeit und in zu eng gezogenem Wirkungs- und Wirkungsbereich. Das Leben des Alltags gibt dem Wollen und Tun oft fast den ausschließlichen Inhalt. Das ist aber zu wenig für ein Menschenleben. Ein Menschenleben will tiefer, höher, weiter, voller, kräftiger gelebt werden. So bestimmt es der Welt, der Allwille. Wir fühlen es deutlich. Wird es in Kleinheit und Oberflächlichkeit gelebt, bleibt es ein schwaches Leben, das das Gefühl der Leere erzeugt, aus dem die schwarzen Gedanken des Zweifels, oft des Verzweifels entspringen.

Weil das Sehen und Erkennenkönnen der Dinge des Lebens, das Sichzurechtfinden im Leben oft nicht leicht ist, veräußen viele Menschen es, sich immer strebend zu bemühen, wie Goethe es nennt, um sich vorwärts zu arbeiten, hineinzuarbeiten in das inhaltsvollere, vollwertigere, menschenwürdigere Leben. Vor dem Erfolg, dem Weiterkommen, hauptsächlich dem inneren Weiterkommen steht stets die Mühe, die Anstrengung, die Arbeit. Aber ohne diese Mühe, Anstrengung, Arbeit gibt es überhaupt kein kraftvolles, kein zufriedenes und glücklich stimmendes Leben. Der wahrste und notwendigste und deshalb der schönste Inhalt des Lebens ist eben Anstrengung und Arbeit, ist Kampf mit Hindernissen, mit lebensfeindlichen Mächten, mit den Kräften, die unterdrücken und ersticken wollen, was naturhaft wahr und gut und schön ist und wachsen will und wachsen muß.

Heraus aus dem Alltag des engen Berufslebens, heraus aus der inneren Enge der kleinen Gegenwartsercheinungen! Wer wirklich so leben will, wie es Menschenbestimmung, Menschenaufgabe, Menschennotwendigkeit und deshalb Menschenglück ist, der muß, wo er geht und steht, mit dem Leben ringen, um es verstehen und meistern, um es so leben zu lernen, wie es tiefstes inneres Bedürfnis des Menschen ist. Nicht, daß das Rohliegende vernachlässigt werden soll. Aber es soll in Verbindung gebracht werden mit großen allgemeinen Lebensnotwendigkeiten und Lebensgesetzmäßigkeiten. Dann erst erkennt man, wie es richtig angefaßt, wie es eingefügt werden muß in ein Allgemeines, ein örtlich und zeitlich Unbegrenztes.

Viele Menschen sehen das entstellte, irreführende Leben, das die Menschen durchweg leben, als das Leben an, das sein soll und sein muß. Das wahre, naturrechte, das zu erstrebende Leben ist gut und schön in allen seinen Ausprägungen. Aber die Mensch-

heit lebt noch einseitig in einem dichten Nebel von Fehlern und Irrtümern, von Heuchelei und Lüge und deshalb von Unrecht und Gewalt. Die klare, helle Osterjonne scheint erst wenigen.

Es ist die wichtigste Lebensaufgabe der klaren Sehenden, die Vielen, die noch in nebelgefüllten Niederungen wandeln, zu lichteren Höhen emporzuführen, dorthin zu führen, wo die lebendurchleuchtende Osterjonne Wärme, Kraft, Freude weckt, wo die frante Menschheit gefunden kann. Albrecht Schapp.

## Volksseele und Bildung.

Es wird von den Gewerkschaften in manchen Bezirken eine Statistik über den Besuch der gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen geführt. Diese Zahlen sind stets nur schätzungsweise möglich. Auch sind die Besuchszahlen aus weiten Bezirken nicht bekannt. Würde man aber die Zahlen der Personen, die im vergangenen Winter gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen besuchten, kennen und mit den Auflagen gewerkschaftlicher Bildungsbücher vergleichen, dann würde man finden, daß das gesprochene Wort im Bildungswesen unserer Zeit das geschriebene Wort an Bedeutung weit übersteigt.

Es gab eine Zeit, in der nur das geschriebene Wort galt. Es war die Zeit bis zum Aufsteige der modernen Arbeiterbewegung, bis zum Erwachen des politischen Freiheitsgefühls des Volkes. Das Jahr 1848 hatte z. B. eine einschneidende Bedeutung für die Revolutionierung im Verhältnis Mensch und Wort. Bis dahin konnte man eigentlich nur das geschriebene Wort. Dann aber, als da fähige Menschen in der Paulskirche das gesprochene Wort erklingen ließen, da erkannte man zum ersten Male überrascht die gewaltige Wirkung, die das gesprochene Wort haben kann.

Und diese Bedeutung des gesprochenen Wortes stieg dann mit dem Werden der Arbeiterbewegung in den folgenden Jahrzehnten mehr und mehr, so sehr, daß man heute sogar schon von einem neuen Stile der Sprache spricht. Die Buchdruckerkunst hatte in Jahrhunderten die Schreib- und Lesesprache geschaffen, während in der neuen Zeit mit ihrem ausgesprochenen Organisationsleben, ihren Verbandssammlungen und ihren Bildungsveranstaltungen eine deutliche Entwicklung der Sprech- und Hörsprache einsetzte, die dann den rhetorischen Stil auch in das Buch, in die Presse gebracht hat.

Solche Wirkung auf die Sprache konnte nur von einem gewaltigen Aufschwunge des Verammlungslebens erstehen. Von einem Organisationsleben, in dem auch, wie z. B. in den Ausprägungen, einfache Menschen des Volkes Gehör fanden, deren Sprache durch einseitige Kultur einer Schreibsprache noch nichts von ihrer Echtheit, Lebendigkeit, Natürlichkeit und Urwürdigkeit eingebüßt hat.

Das Volk trägt den Stil. Das ausgewählte praktische Leben zwingt auch den Buchstil. Nur das Buch wird gelesen, das frisch, echt, lebendig geschrieben ist, das so geschrieben ist, als wenn es den Hörern vorgetragen würde. Der trockene Schreibstil findet heute keinen Anklang mehr. Das aufrüttelnde Leben revolutioniert alles, auch die Sprache von Mensch zu Mensch.

So muß natürlich vor allem der Vortrag lebendig gehalten sein. Er muß erlebt sein, daß er Leben weckt und erlebt wird. Der Bildungsvortrag für moderne Menschen darf nicht nach Buchschmecken. Nach dem, was man bisher unter Buch verstand. Er muß aus dem Leben für das Leben sein. Er muß den Redenden und die Hörenden einen zu einer Erlebnisgemeinschaft.

Damit aber gehört zum Wesen des neuen Sprachstils, daß das Wort aus der Tiefe des Menschlichen heraufsteigt, wenn es lebendig und erfassend wirken soll. Nur das Wort ist das zündende Wort, in dem sich der Mensch gibt mit seinem ganzen Wesen, mit seiner ganzen Persönlichkeit. Reden setzt voraus das Bedürfnis, ein inneres Erleben zum Wort zu machen und durch das Wort den eigenen inneren Funken überpringen zu lassen auf die Hörer.

Das scheint im Widerspruch zu stehen zu dem Aufgabengebiete, wie es die Gewerkschaftsbewegung hat, weil es sich hier um sachliche, nüchterne soziale Probleme handelt, und es gibt natürlich auch manche Paragrafengebiete, die der bildungsbedürftige Mensch nur durch Lernen, durch regelrechtes Lernen erfassen kann. Doch da, wo es sich um das Agitatorische handelt, um den Sinn der Bewegung, um ein Vertrautmachen mit dem Ziele und dem Wege, um die Erziehung zum kämpfenden Menschen, da muß das Wort die Seele solcher sozialen Größe in sich tragen. Da muß im Hörer etwas glücken von dem Erhabenen, um das es geht. Oder Menschen werden nicht erfaßt. Und Erziehung zum gewerkschaftlichen Menschen wird nicht möglich.

Ist die Not noch so groß und der soziale Kampf noch so sehr für das Alltägliche zu führen: letzten Endes suchen die Menschen im gewerkschaftlichen Gedanken mehr als nur die Besserung der Lebenshaltung. Und wenn über schlechten Besuch von Bildungsveranstaltungen geklagt wird, so hängt das häufig damit zusammen, daß in der Masse Wissenschaft und Langweiligkeit recht oft identische Begriffe sind. Volk hat Wissensbedürfnis, aber das Bedürfnis nach dem Wissen, das auch von der Volksseele erlebt werden kann.

Man mag das gleiche Thema einmal sachlich-nüchtern behandeln, daß es nur zum Verstande spricht, und dann ein anderes mal die Rede erfüllt sein lassen von ethischem Sinn und menschlichem Erleben des Rechtsgefühls: die Wirkung ist ungeheuer verschieden. Nur wenn Menschen ihre gewerkschaftliche Aufgabe zugleich begreifen als menschlichen Kampf um das Recht, als Dienst an der Idee der Gerechtigkeit und Gleichheit, nur dann erleben sie den gewerkschaftlichen Sinn in seiner Tiefe, sind sie zu höchsten Opfern, zu stärkster Solidarität bereit.

Man sagt oft, daß Arbeiter nicht genügend Bücher kaufen, und es wurde auch, wenn dem Bildungsvortrag ein Buchverkauf folgte, bei üblichem aufklärenden, nur das Hirn erfassenden Vorträge kein Buchverkauf festgestellt. Schloß sich aber einem Vortrage, der die gewerkschaftliche Bildung zugleich zum ethischen Erlebnis machte, ein Buchverkauf an, dann war das Interesse für Bücher oft geradezu überraschend.

Das zeugt nicht nur für das großartige, künstlerische, faustische Wesen des Volkes, das zeigt auch, wie allein gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit höchstem Erfolge zu leisten ist. Immer wieder muß der schaffende Mensch seinen innerlichen Glauben an das Leben spüren. Immer wieder muß er in sich mit dem Kämpfer den Menschen fühlen, den lebendigen, warmen, begeisterungsfrohen Menschen, der in der Befreiung dieses Menschen das höchste Ziel aller sozialen Kultur erblickt.

Dr. Gustav Hoffmann.

# „Vernichtung von Arbeitsgelegenheit.“

## Eine Heze gegen die Knappschaff.

Das Leiborgan der Zechenbesitzer, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, brachte in Nr. 77 vom 1. April eine Notiz, in welcher die Ruhrknappschaff beschuldigt wird, Arbeitsgelegenheit für Bergarbeiter vernichtet zu haben. Gemeint ist damit ein Streit, den die Ruhrknappschaff mit einigen Zechen des Ruhrgebiets wegen der Knappschaffbeiträge der Zwischenunternehmer aussträgt. Auf gewissen Zechen des Ruhrgebiets werden Zwischenunternehmer beschäftigt, die mit ihren Kolonnen die verschiedensten Arbeiten verrichten. An manchen Stellen hat sich diese Praxis soweit entwickelt, daß die Zwischenunternehmerarbeiter und die übrigen Zechenarbeiter so durch-einanderlaufen, daß sich keiner mehr auskennt, wer Unternehmer- und wer Zechenarbeiter ist.

In der Hauptsache sind es Unternehmer, die ihre Firma als Bauunternehmung führen, im Grunde genommen aber von einer Bauunternehmung weiter nichts haben als den Namen, denn sie beschränken sich nur auf die Verrichtung einiger auf den Zechen vorkommenden Arbeiten, die mit den Arbeiten einer Bauunternehmung auch nicht das geringste zu tun haben. Der typischste Fall eines solchen Zwischenunternehmers lag auf der Zeche Minister Alchenbach vor. Dort hat ein Bauunternehmer N. jahrelang für die Zeche eine Kolonne von 50 bis 100 Arbeitern gestellt. In den Arbeiten, die die Kolonne des N. auf der Zeche verrichtete, gehörten Koksfolienladen, Verschmierung der Koksöfen, Maschinensöhren, Defektschmieren, Koksladen, Koksziehen, Aushilfskesselheizen, Gewinnung von Verlagsmaterial, Reinigung der Klärteiche, Instandhaltung der Grubenankluftbahn, Aushilfsarbeiten auf dem Platz usw., und schließlich Vertretung erkrankter und beurlaubter sonstiger Zechenarbeiter.

Keine einzige der hier angeführten Arbeiten hat mit den Arbeiten einer wirklichen Bauunternehmung etwas zu tun. N. besitzt auch in der Tat kein Bauunternehmergeschäft, sondern nennt sein Unternehmen nur so. Nichtsdestoweniger vertrat die Zeche die Auffassung, daß der Unternehmer N. einen selbständigen Betrieb innerhalb des Zechengeländes hätte und demzufolge nicht die Zeche, sondern der Unternehmer für die Beiträge zur Knappschaffversicherung haftbar wäre. Der Nichteingeweihte wird vielleicht denken, es könnte der Knappschaff doch gleich bleiben, ob sie die Beiträge von der Zeche oder von dem Zwischenunternehmer erhält. Würde es sich überall um größere Unternehmungen handeln, und würden diese bereit sein, die Knappschaffversicherung durchzuführen, so brauchte in der Tat daraus kein besonderer Streit entstehen, der durch alle Spruchinstanzen geschleppt wird. Leider treffen beide Voraussetzungen nicht zu. Vielfach gibt es unter diesen Zwischenunternehmern sehr fragwürdige Existenzen, die nur der Zeche einige Leute vermitteln, aber wenn sie das Geld von der Zeche eingestekt haben, ist bei ihnen für die Beiträge nicht mehr viel zu holen.

Bei den größeren Unternehmern dieser Art bestehen die Zechen aus dem Grunde darauf, daß nicht die Zeche, sondern der Zwischenunternehmer für die Knappschaffbeiträge haftet, weil der Zwischenunternehmer viel eher als die Zeche gewisse Arbeiter von der Knappschaffspflicht befreien kann. Die Zwischenunternehmer können nämlich den Einwand erheben, daß ihr Betrieb kein knappschaffspflichtiger Betrieb sei und demzufolge ihre Arbeiter auch nicht knappschaffspflichtig seien. Würde eine solche Auffassung als Recht anerkannt, so bestände die Gefahr, daß die Knappschaffspflicht hinsichtlich der Zwischenunternehmerarbeiter auf verschiedenste Art umgangen werden könnte. Es würde auch ein Durcheinander entstehen, wie man es sich größer gar nicht vorstellen kann. Die Knappschaff müßte täglich hinter den Zwischenunternehmerarbeitern herlaufen, um festzustellen, ob sie heute knappschaffspflichtige, morgen nichtknappschaffspflichtige Arbeiten verrichten.

Sobald der Zwischenunternehmerbetrieb als nicht knappschaffspflichtig gilt, braucht er weder für sich noch für seine Arbeiter Beiträge zur Knappschaffversicherung zu zahlen, sondern nur zur allgemeinen Versicherung und diese sind bedeutend geringer. Auch in tariflicher Hinsicht sucht so ein Zwischenunternehmer seine Arbeiter schlechter zu stellen als die anderen Zechenarbeiter, um auch hierbei besondere Vorteile für sich herauszuschinden. Er kann deshalb die Ausführung der Arbeiten bei den Zechen zu billigeren Preisen übernehmen, als es die Zeche schließlich selbst könnte, weil diese sowohl die Tariflöhne als auch die Beiträge zur Knappschaffversicherung zahlen müßte.

Bei Umgehung der Knappschaffspflicht können also sowohl die Zeche als auch der Zwischenunternehmer mit einem besonderen Unternehmergewinn rechnen. Dies ist die einzige Triebfeder für das Verhalten der Zechen. Sie wollen dies zwar nicht wahr haben. Ein offenerherziger Vertreter der Zwischenunternehmer hat jedoch in einer Besprechung dieser Frage im Reichsarbeitsministerium erklärt, daß es den Zwischenunternehmern nicht darauf ankäme, daß nicht die Zeche, sondern sie die Beiträge zur Knappschaff abführen, sondern darauf, daß sie von der Knappschaffspflicht befreit würden, weil sie sonst die Arbeiten nicht billiger als die Zechen selbst ausführen könnten und in diesem Falle keine Arbeiten im Zechenbetriebe übertragen bekämen. Diese Erklärung war eindeutig. Es braucht ihr von uns nichts zugefügt zu werden.

Um der bösen Knappschaff ein auszuweichen, bleibt die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ im Falle des Unternehmers N. nicht bei der Wahrheit, sondern versucht sie umzubiegen. Sie schreibt nämlich in ihrer Notiz: „Auf Einspruch des Zechenverbandes hat das Reichsversicherungsamt durch Urteil vom 17. Januar 1929 entschieden, daß die Zeche nicht als Arbeitgeber zu betrachten sei, da die betr. Arbeiter der Baufirma direkt unterliegen, auch in eigenen Wohnstätten geführt und von der Baufirma entlohnt werden.“ Wer diesen Satz liest, müßte also glauben, daß das Reichsversicherungsamt hinsichtlich des Falles N. bereits einmal entschieden hätte. Das ist aber nicht der Fall. Das Reichsversicherungsamt hat nicht auf Betreiben des Zechenverbandes des Ruhrgebiets, sondern auf Betreiben einer Firma in Mitteldeutschland, die in einem Grubenbetrieb ständig den Abraum vor der Gewinnung der Braunkohle fortbewegte, entschieden, daß sie kein selbständiger Betrieb sei. Die Entscheidung hinsichtlich eines solchen Tiefbauunternehmers, der zur Fortbewegung des Abraums manchmal mehr Arbeiter beschäftigt, als der eigentliche Braunkohlenbetrieb zur Gewinnung der Kohle, konnte, auch wenn sie der Knappschaff nicht angenehm war, als solche doch hingenommen werden,

weil sie mit vertretbaren Einwänden begründet wurde. Niemals treffen jedoch die Merkmale einer solchen Tiefbauunternehmung auf die Bauunternehmerfirmen zu, die sich im Ruhrgebiet als solche bezeichnet im Grunde genommen aber weiter nichts sind, als Vermittler von Arbeitern an die Zechen.

Wer im Falle N. unzulässig gehandelt hat, das wird für denjenigen, der die Verhältnisse kennt, leicht zu erkennen sein. Jedenfalls die Zeche. Sie hat anscheinend dem Zwischenunternehmer Beiträge aufgezwungen, die die Beitragszahlung zur Knappschaff unberücksichtigt ließen, obgleich sie wissen mußte, daß sie eines Tages hierfür belangt würde und sie in einem solchen Falle sich an dem Zwischenunternehmer schadlos halten würde. Die Ansicht, daß nicht die Zwischenunternehmer, sondern die Zechen für die Abführung der Beiträge an die Knappschaff verantwortlich sind, hat seit Jahrzehnten in der Knappschaff bestanden und es ist auch stets danach gehandelt worden. Richtig gingen die Zechen des Ruhrgebiets dazu über, die Unternehmerarbeiter von der Knappschaff abzumelden. Die in Frage kommenden Leute sind aber auch von den Zwischenunternehmern nicht angemeldet worden, so daß für sie keine Beiträge gezahlt wurden. Erst auf Hinweis kam die Knappschaff dahinter, daß ihr Millionen von Beiträgen auf diese Art verloren gingen.

Selbstverständlich mußten die Versicherungsvertreter in der Knappschaff darauf drängen, daß diesen Wächtern ein Ende bereitet wurde und die Knappschaff zu ihren Beiträgen kam. Nachdem die Sache N. vor das Knappschaffsoberverwaltungsamt kam und dieses im Sinne der Knappschaff entschieden hat, kann die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ sich nicht mehr enthalten, giftige, durch nichts gerechtfertigte Heftartikel gegen die Knappschaff zu bringen und die Aufsichtsbehörde anzurufen, damit sie der Knappschaff in den Arm fällt. Ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde in entgegen gesetzten Sinne wäre nach unseren Dafürhalten wohl eher begründet gewesen. Das Reichsknappschaffsgesetz scheint nämlich einigen Unternehmern nicht mehr als ein Reichsgesetz zu gelten. Viel eher als von „mehrwürdigen Methoden der Knappschaff“ kann von mehrwürdigen Methoden der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ gesprochen werden, die sich nicht entblödet, zur Verunglimpfung der Sozialversicherung der Bergarbeiter die Wahrheit umzubiegen.

# Die Parole der westlichen Wirtschafts„führer“.

## Werst das Steuer herum!

Am 4. April haben in Düsseldorf die „Führer“ der rheinisch-westfälischen Wirtschaft neue Parolen für die zukünftige Wirtschaftsgestaltung geschmiedet. Der Langnamverein, d. h. der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, hielt seine Jahresversammlung ab. Die Prominenten waren zahlreich zur Stelle, u. a. Bögl, Silverberg und sonstige namhafte Köpfe der Schwerindustrie.

Es versteht sich für die Industrie anscheinend von selbst, daß sich zu solchen wichtigen Ereignissen auch die Vertreter der Exekutivbehörden einzufinden haben, um die Wünsche der — wie sie von sich selbst behaupten — „staatspolitisch vernachlässigten“ Industriellen entgegenzunehmen. Man sah unter den Teilnehmern eine stattliche Anzahl von Vertretern der Reichswehr, der Marine, der Polizei und ähnlicher Behörden. Auch die Geistlichkeit war vertreten.

In seiner Einleitungsrede beklagte zunächst der Vorsitzende, Generaldirektor Springorum, den Niedergang der Wirtschaft. Schuld daran sei hauptsächlich, „daß die Wirtschaft bisher nichts oder wenigstens nicht genug getan hat, um von sich aus die Politik ausreichend zu beeinflussen“. Es sei höchste Zeit, darin Wandel zu schaffen. Die Wirtschaft müsse der Regierung und den Gewerkschaften eine

### „Einheitsfront der Wirtschaftsvertreter“

gegenüberstellen. — Der starke Beifall der großen Versammlung wurde für die kleinen Industriellen stark gedämpft durch die von Springorum angedeuteten Ziele. Danach sollen als die „Wirtschaftsfront“ vertretende Männer nur solche in Frage kommen, „die es gelernt haben, über die Sonderwünsche bestimmter Wirtschaftskreise hinweg zu setzen, wegweisende Ziele im Auge zu behalten“. Das heißt also: den Kurs wollen die Konzerngewaltigen bestimmen.

Besonders forsch ging der zweite Redner, Dr. Schlenker, ins Zeug. Seine Parole heißt: „Werst das Steuer herum!“ Es entschlossen herumzuwerfen, sei angesichts der „staatspolitischen Einflußlosigkeit der Wirtschaft“ eine zwingende Notwendigkeit geworden. Man müsse viel stärker in die Politik steigen. Wörtlich sagte er:

„Politik kann aber nun einmal nur durch Politik überwunden werden. Vielleicht werden sich daher wenigstens unsere größeren Unternehmungen auf die Dauer zu überlegen haben, so sie sich nicht neben dem kaufmännischen und technischen Direktor einen besonderen, gewissermaßen einen politischen Direktor halten müssen, dessen Aufgabe darin zu bestehen hätte, nach Möglichkeit zu verhindern, daß durch die Politik mit einem Schlag wieder alles weggewischt wird, was in jähem Ringen und durch Einfluß aller Fähigkeiten auf technischem und kaufmännischem Gebiete erreicht wurde.“

Wir brauchen aber auch ein klares und einmütiges Bekenntnis unserer Regierung und des Parlaments zur individuellen Wirtschaftsweise. Nur die Privatwirtschaft mit dem ihr innerwohnenden Gewinnstreben, nur der private Unternehmer mit seinem Wagemut wird für die Dauer in der Lage sein, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können.“

Dr. Schlenker verjagte dann, mit einem recht leichten Argument nachzuweisen, daß die Armen gar nicht so arm wären, wie es immer hingestellt würde. Der beste Beweis sei die Tatsache, daß im vergangenen Jahre bei dem Staatlichen Leihamt in Berlin die Verlehenden sich nur zu 1,82 Prozent aus Arbeiterkreisen rekrutierten.

Dr. Schlenker wurde wegen dieser ebenso geistlosen wie unsachlichen Schlussfolgerung später mit vollem Recht vom Ministerialdirektor Dr. Brecht (Berlin) geäußert. Brecht wies ihm mit erfreulicher Deutlichkeit nach, daß der niedrige Prozentfuß der Ananspruchnahme des Leihamtes durch Arbeiter nicht auf

# Vorstandssitzung der Ruhrknappschaff am 11. April.

In der Streitfrage, wer für die Zwischenunternehmerarbeiter im Sinne des Reichsknappschaffsgesetzes als Arbeitgeber anzusehen ist, hat das Knappschaffsoberverwaltungsamt Dortmund in letzter Zeit mehrere Entscheidungen getroffen. In einigen von ihnen ist entschieden worden, daß die Zwischenunternehmer eigentlich nur Arbeitsvermittler sind und demzufolge nicht sie, sondern die Zeche die Beiträge zahlen muß. In anderen Fällen hingegen lauten die Urteile dahin, daß die Zwischenunternehmerbetriebe selbständige Betriebe seien und der Knappschaff für die Beiträge haften. Der Vorstand nahm von den Urteilen Kenntnis. Die Vertreter der Zeche erklärten, daß sie sich mit den Entscheidungen, soweit sie zugunsten der Zechen getroffen worden sind, nicht zufriedengeben können. Es muß noch die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes angerufen werden.

In den Fällen, die zugunsten der Zechen entschieden wurden, wird die Knappschaff die Zwischenunternehmer zur Beitragszahlung heranziehen. Da aber unter den Zwischenunternehmern viele unsichere Existenzen sind, muß die Knappschaff von den Zwischenunternehmern Vorschüsse auf die laufenden Beiträge erheben.

Die nächste Bezirksversammlung der Ruhrknappschaff wird für den 5. Juni nach Bochum einberufen. Ihre Tagesordnung lautet: „Entgegennahme des Rechnungsabchlusses für das Jahr 1929 und Änderung von Sondervorschriften“. Zur Förderung des Wohnungsbaues sind von der Ruhrknappschaff für das Ruhrgebiet 1,5 Millionen Mark bewilligt worden. Der Vorstand beschloß, die Summe der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk zu überweisen, da sie am besten in der Lage ist, Wohnungen herzustellen, deren Mieten auch für die Bergarbeiter tragbar sind.

Die Knappschaffsangehörigen sind mit den bisherigen Titeln, wie: Aktenhelfer, Bürodiener, Pförtner, Assistenten, Sekretäre, Obersekretäre, Abteilungsleiter und Bürovorsteher, nicht zufrieden. Sie möchten lieber Amtsgehilfen, Hausmeister, Assistenten, Verwaltungssekretäre, Knappschaffssekretäre, Knappschaffsobersekretäre, Knappschaffsinspektoren, Knappschaffsoberinspektoren und Knappschaffsamtänner heißen. Der Vorstand konnte der Umänderung der Dienstbezeichnungen nicht zustimmen, da in den Tarifverhandlungen die Angestellten stets betonten, daß sie Privatangestellte sein wollten. Die damals geäußerten Wünsche wären mit den gegenwärtigen auf eine Umwidmung nach Staatsbeamtenstellen kaum zu vereinbaren.

deren Wohlhabenheit, sondern auf ihre größte Armut schließen lasse. Die Arbeiter liefen nicht zum Leihamt, weil sie eben nichts mehr zu verlegen hätten.

Mit nichtern, aber recht klaren Ausführungen behandelte Ministerialdirektor Dr. Brecht (Berlin) das Thema: „Ersparnisse im öffentlichen Haushalte“. Brecht sieht ein Koupennel, um nach und nach zu Ersparnissen zu kommen, in der Verwaltungsvereinfachung, zu der man nur durch die Reichsreform gelangen könne. Die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung habe sich, besonders im letzten Winter erwiesen. Man müsse sich aber mit dem Gedanken einer Erhöhung der Versicherungsbeiträge um 1 Prozent langsam befassen. Die Arbeitslosenversicherung sei ein innerpolitisches Sicherheitsventil. Für die Zukunft stelle er u. a. folgende Forderungen auf:

„Liquidation des Krieges. Schnelle Auflösung der Sonderverwaltung für die besetzten Gebiete und des Rhein-Entschädigungsamtes. Verbindung der Versorgungsverwaltung mit der allgemeinen Sozialverwaltung.“

Bei der Finanzverwaltung: Vereinfachung der Steuererhebung und -verwaltung. Vereinigung der Bauverwaltungen und der Wasserpolizei mit der Polizei der Länder.

Festlegung eines Sparprogramms für Heer und Marine. Bezicht auf die Erhöhung der Ausgaben während der Dauer des wirtschaftlichen Tiefstandes.

Organische Verbindung zwischen den sozialen Zweigen von Reich, Ländern und Gemeinden; keine Verringerung der Leistung, aber Verhinderung des Mißbrauchs.“

In einem Schlusswort gab der bekannte Silverberg der Tagung den gewollten Ausklang. Seiner Meinung nach hat die Wirtschaft in der Politik verlagert. Man müsse sich Napoleons Wort, wonach Politik Schicksal ist, zur Richtschnur nehmen.

„Also ran an die Staatsgewalt! Die „Wirtschaft“ wird nur dann wieder aufleben, sagt Silverberg, wenn der „Respekt vor dem Privateigentum“

und die Erkenntnis von der alleinigmachenden Kraft der individuellen Wirtschaftsweise wiederkehrt. „Die Wirtschaft der öffentlichen Hand habe die Arbeitslosigkeit verursacht und nebenbei schaffe sie teilweise nur konstruierte Arbeitsmöglichkeiten. Achtung vor der Arbeit könne dem Arbeiter nur der private Unternehmer beibringen. Die Arbeit in der produktiven Erwerbslosenfürsorge entwürdigte die Arbeit.“ Silverberg hofft auf die Umkehr des deutschen Volkes zur alten Wirtschaftsende. —

Uns scheint, Herr Silverberg hat stark über das Ziel hinausgeschossen. Es ist ein zweifellos bequemes Mittel, dem Staate die Verantwortung für die trostlose Wirtschaftsführung der „Köpfe der Wirtschaft“ zuzuschreiben.

Wenn die Führung der Wirtschaft in der Vollausnutzung der verfügbaren Arbeitskräfte verlagert, dann ist es eben nicht nur die öffentliche, sondern auch die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Staates, für Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen. Auch die allzu starke Betonung der größeren „Geschäftsmachung“ mit dem Mittel der Politik zeugt durchaus nicht von einem Uebermaß wirtschaftlicher Führerqualitäten in Wirtschaftskreisen, ganz abgesehen davon, daß der politische Einfluß, insbesondere der Schwerindustrie, mehr als einmal nicht ohne klingendes Ergebnis blieb.

Die Düsseldorfer Tagung hat wieder einmal bewiesen, daß man unter Besserung der Wirtschaft immer nur die höhere Profitrate versteht. „Gewinnstreben“ bezeichnete es Dr. Schlenker ganz richtig.

Mit Ausnahme des Dr. Brecht ist es niemandem eingefallen, der trostlosen Lage derer zu gedanken, die dank der „ge-

nialen" Wirtschaftsführung durch die „Köpfe“ gegen ihren Willen brachliegen müssen. Es stünde wahrhaftig schlimm um diese Millionen der Vermissten, wenn ihr Arbeitslosendasein sich nach den Wünschen und dem Willen solcher Wirtschaftsführer gestalten müßte. Warum das Geschrei über den „staatspolitischen Druck auf die Wirtschaft“?

Wir meinen schon, daß eine „unfähige Wirtschaftsführung“ sich eine staatliche Kontrolle aus staatspolitischen Notwendigkeiten heraus gefallen lassen muß. Der Staat besteht eben außer den in Düsseldorf anwesend gewesenen privatkapitalistisch interessierten Wirtschaftlern noch aus anderen Leuten und Kreisen, die allgemeinere Interessen haben als die Gewinnstreber.

## Gelbe Gewerkschaft in neuer Form.

„Verein Selbsthilfe der Arbeit“ oder „Bund schaffender und sparerender Menschen“ heißt ein neuer Laden, den frühere Angehörige der Freiwirtschaftsbewegung in Frankfurt a. M. aufgemacht haben. Die Hauptaufgabe dieser neuen Gesellschaft soll darin bestehen, das Zwecksparen zum Bau von Eigenheimen zu fördern. Die Zweckvereinrichtung der Selbsthilfe der Arbeit wurde am 27. Mai 1929 auf die ebenfalls in Frankfurt neugegründete „Bank der Arbeit AG.“ übertragen. Die Bank der Arbeit besitzt angeblich ein Aktienkapital von 100 000 M. und soll aus der früheren Wilbeler Kreditbank AG., Wilbel i. Hess., hervorgegangen sein, die ein Aktienkapital von 95 000 M. besaß, das durch die Umgründung auf 100 000 M. erhöht wurde.

An sich würden wir zu der ganzen Geschichte nichts zu sagen haben, soweit es sich um eine genossenschaftliche Einrichtung handelt mit der Absicht, Zwecksparen zur Beschaffung von Hypotheken zum Eigenheimbau zu fördern. Die Art und Weise aber, wie die neue Gesellschaft in Wort und Schrift die freie Gewerkschaftsbewegung und die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. angreift, läßt zu deutlich erkennen, daß es sich hier um eine Gründung handelt, weit weniger mit der Absicht, bei der Beseitigung der Wohnungsnot behilflich zu sein, als mit der Absicht, die freie Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen und die Arbeitsgemeinschaft auf wirtschaftsfriedlicher Grundlage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern.

Welche Absichten in Wirklichkeit vorliegen, wurde in einigen öffentlichen Versammlungen recht deutlich gesagt, die mit Referenten von dieser Gesellschaft besetzt waren. Schon die Versammlungseinladungen enthielten die verlogene Behauptung, daß die freien Gewerkschaften die Hälfte ihrer Einnahmen für Unterhaltungszwecke ausgeben, die andere Hälfte aber für Verwaltungskosten. Weiter wurde gesagt, daß die dann noch verbleibende Hälfte mit 80 Millionen bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. hinterlegt worden sei. Die ganze Aufmachung dieser Einladung läßt von vornherein erkennen, mit wessen Geistes Kindern wir es hier zu tun haben. Bei Menschen, die eine hundertprozentige Einnahme nicht nach Adam Riese richtig in zwei gleiche Hälften, sondern in drei gleiche Hälften teilen, scheint schon von vornherein etwas nicht in Ordnung zu sein. Die in den Versammlungen gemachten Ausführungen entsprachen dann auch der dreikantig aufgemachten Rechnung im Text der Einladung. Die ganzen Ausführungen waren nichts anderes als verlogene und schmutzige Angriffe gegen die Gewerkschaften, ihre Taktik und gegen die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. in Berlin. Die Dummheit eines dieser Referenten ging sogar so weit, zu behaupten, die jetzige Tarifpolitik der Gewerkschaften sei vollständig verkehrt. An Stelle der jetzt für bestimmte Zeit geltenden Lohnsätze müßten gleitende Lohnsätze abgeschlossen werden, und zwar in der Form: Grundlohn gleich Indexzahl mit der Bindung, daß der Lohn beim Steigen oder Fallen der Indexzahl automatisch mit steigen oder zurückgehen müsse. In einem Artikel ihrer Zeitschrift „Ziele und Wege der Selbsthilfe der Arbeit“ wird gesagt, daß neben anderen Bestrebungen auch die Absicht bestünde, eine Einheitsgewerkschaft der Schaffer zu bilden, angeblich gegen Nichtschaffer und Kasser. Aber auch hier tritt sofort dieselbe Unlogik zutage wie in der Dreikantrechnung in der Versammlungseinladung, und zwar dadurch, daß die Einheitsgewerkschaft der Schaffer gegen die Kasser unter Einbeziehung der Arbeitgeber (sprich Kasser) gegründet werden soll. In Wirklichkeit geht doch die Absicht dieser guten Leute wahrscheinlich nur dahin, neue Werksgemeinschaften vielleicht in etwas anderer Form aufzuziehen, weil die bisherigen Gründungsverfahren der gelben Werksgemeinschaften schon zu anrüchig geworden sind und nur noch die ganz Dummen darauf hereinfallen.

Aber auch die unwahren Behauptungen, die gegen die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten erhoben wurden, und ferner die Tatsache, daß die neue Gesellschaft ihrem eigenen Geldinstitut den Namen „Bank der Arbeit“ beilegt, läßt deutlich erkennen, daß man es bei dieser Gesellschaft wahrscheinlich mit einer von Arbeitgebern und Privatbanken gestützten Neugründung zu tun hat. (Uebrigens ist dieser Bank der Arbeit durch Gerichtsurteil unterzogen, den Namen „Bank der Arbeit“ weiterzuführen.) Daß die gute Entwicklung der Arbeiterbank der freien Gewerkschaften von einem Teil der Privatbanken mit immer schärferen Augen betrachtet wird, ist nicht verwunderlich, verständlich dann auch, wenn 6 bis 7 Jahre nach Gründung der gewerkschaftlichen Arbeiterbank ein neues Unternehmen mit der gleichen Bezeichnung aufgezogen wird, wahrscheinlich mit der ausgesprochenen Absicht, damit unter den Massen der freien Gewerkschaften Verwirrung zu schaffen. Gesezt den Fall, daß dieser Bank der Arbeit in Frankfurt die Namensführung nicht verboten wurde und daß sie mit ihrem geringen Aktienkapital eines schönen Tages zusammenbricht, würde dieser Zusammenbruch unter dem fälschlich geführten Namen bestimmt zu einer vorübergehenden Schädigung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen. Inwiefern hierzu Absicht vorliegt, läßt sich natürlich nicht feststellen, zumindest sollte mit dem Namen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Gelder, die heute der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. in Berlin zugeführt werden, für sich zu gewinnen. Deshalb sollen diese Leute nur den Zweck haben, zu zeigen, welcher Mittelchen man sich im gegnerischen Lager bedient, um unsere gewerkschaftlichen Einrichtungen zu schädigen.

Wenn sich die Leitung der ganzen Gesellschaft aus ähnlichen Volkswirten zusammensetzt, wie wir ihn in der Person des Referenten Lautenbach in Weßfalen kennen gelernt haben, dann Heil den Mitgliedern dieser Gesellschaft und den Geldgebern ihrer Bank! Wenn der Erfolg der Selbsthilfe der Arbeit und ihrer Bank darin besteht, daß man in den Versammlungen einen Einlagebestand von 60 Millionen zusammenlog, dann wird der Laden schon schief gehen. Nach einer privaten Auskunft, die bei der Leitung der Bank eingeholt wurde, gehörten am 31. Dezember 1929 der Selbsthilfe der Arbeit angeblich 3480 Mitglieder an. Die bis zum 31. Dezember eingezahlten Zwecksparguthaben sollten 1 129 000 M. betragen, während an 122 Mitglieder Hypothekendarlehen im Gesamtbetrag von 1 317 500 M. vergeben wurden. Ferner wird mitgeteilt, daß

Der Wunsch des Herrn Silberberg auf Wiederkehr der reinen privatkapitalistischen Wirtschaft beweist uns die vollkommene Unfähigkeit der „Köpfe“, Wirtschaftspolitik (frei nach Hindenburg) im Interesse der gesamten Volksgemeinschaft zu treiben.

Das Ergebnis der Tagung kann nur eine dringende Mahnung an die Unorganisierten sein, wirtschaftlichen Schutz in den Gewerkschaften zu suchen. Gleich aber ist das Düsseldorfser Ergebnis eine verbiente Begeisterung für die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeiter, die in der Hoffnung leben, Verständnis für ihre Glendstlage bei ihren privatkapitalistischen Wirtschaftsführern zu finden. Diese haben andere Sorgen, als sich um das Los der Opfer ihres Gewinnstrebens zu kümmern.

trotz der geringen Einzahlung von 1 129 000 M. bereits Abschüsse für zu gewährende Baudarlehen von 87 Millionen vorliegen.

Die Eigenheimbewegung in Deutschland und das Bestreben vieler hunderttausend deutscher Arbeiter, sich ein Eigenheim zu schaffen, wird wahrscheinlich zur Folge haben, daß die Selbsthilfe der Arbeit es nicht allzuschwer haben dürfte, noch sehr viele Mitglieder zu finden, die unter Verkennung der wirklichen Umstände selbst beim Zwecksparen des Glaubens sind, in kurzer Zeit in den Besitz einer Hypothek und eines Eigenheims zu kommen. Die Naivität und Unkenntnis besonders auf dem Gebiet des Wohnungsbaues in Verbindung mit dem Wunsch, ein Eigenheim zu besitzen, verleiht vielfach, daß noch sehr viele Menschen, ohne vorher genügend zu prüfen, bei solchen Neugründungen hereinfallen und ihr Spargeld auf das Spiel setzen. Die Zusammenbrüche verschiedener solcher Unternehmungen, wobei tausende armer Sparer ihr Geld los wurden, müssen auch dieser neuen Gesellschaft gegenüber jeden zur Vorsicht mahnen. Die beste Gewähr, kein Geld zu verlieren, geben die bestehenden, von kommunalen und gemeinnützigen Baugenossenschaften gegründeten Bauparkassen. Wir können deshalb nur jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, der sich mit der Beschaffung eines Eigenheims beschäftigt, empfehlen, bei diesen Bauparkassen zu sparen. Der beste Weg aber, zu einem Eigenheim zu kommen, ist der Anschluß an eine der vielen Baugenossenschaften und damit die Beschaffung einer Genossenschaftswohnung.

Den Funktionären der freien Gewerkschaften empfehlen wir, den Gründern dieses Konglomerats von Einheitsgewerkschaft und Schaffern und Rassen allerorts auf die Finger zu gucken, um wenigstens zu verhindern, daß organisierte Arbeiter durch den Anschluß an die unserer Ansicht nach mehr Kasser- als Schaffergesellschaft ihre sauer verdienten Groschen verlieren.

## Paul Merker kaltgestellt.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Merker, den die kommunistische Parteizentraleleitung an die Spitze der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ gestellt hatte, ist von ihr wieder beseitigt worden. Kalt und rücksichtslos beseitigt mitten im Großkampf — gegen die Gewerkschaften! Gegen ihn schwebt sogar ein Ausschlußverfahren aus der KPD. So ging es vielen Zielbewußten vor ihm, so wird es noch manchem „echten Revolutionär“ nach ihm gehen, der in den Schwüngen der wahren Parteiziele, Entscheidungen und Beschlüsse des Ekki die richtige Richtung verliert.

Merker hatte als Leiter der Gewerkschaftsopposition die Aufgabe, die Arbeiter in den Betrieben unter die parteipolitischen Fahnen der KPD zu sammeln. Er hatte die Aufgabe, Gruppen und Zellen, gebildet aus Gewerkschaftern, gegen die Gewerkschaften und deren Führer zu formieren. Mit den seiner Ansicht nach „revolutionären Unorganisierten“ wollte er die Gewerkschaften von ihrer Führung trennen, um so zur Bildung von „kommunistischen Kampforganisationen“ zu gelangen. Diese sollten nicht gegen das Unternehmertum zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, sondern als Schutztruppen für Sowjetrußland und das eventuell bolschewisierte Deutschland Verwendung finden. Merker hatte sich mit großer Energie für die Durchsetzung dieses Planes eingesetzt und eine große Kampfbasis geschaffen.

Der Ende November in Berlin stattgefundenen Oppositionskongreß gab die entscheidenden Parolen. Etwa 25 Bezirkskongressen im ganzen Reich oblag die Durchorganisierung. Zwei Zielpunkte galt es zunächst zu erreichen: die Besetzung der örtlichen Gewerkschaftsführung bei den Ortsverwaltungswahlen und die Eroberung der Betriebsräte. „Kommunistische revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ war das Sammel-, das Lösungswort

## Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen.

Eine Aufklärungsschrift der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Kämpfe um die Neuregelung der Reparationen, um Finanz- und Verwaltungsreform, um Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben in Verbindung mit dem Rückgang der Konjunktur dazu geführt, daß die Probleme der Wirtschaft wiederum in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt sind. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß die entscheidenden Gesichtspunkte für die Arbeitnehmererschaft vor der Fülle der stets neu auftauchenden Einzelfragen überwuchert wurden. Es war daher notwendig, einmal diejenigen Punkte herauszustellen, auf die es im Kampf um den Lebensspielraum der Arbeitnehmererschaft und um die sozialen Errungenschaften der Republik besonders ankommt.

Aus diesem Grunde hat der ADGB in Gemeinschaft mit dem IFA-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund für seine Funktionäre und darüber hinaus für alle wirtschaftlich interessierten Gewerkschaftsmitglieder eine kleine Aufklärungsschrift („Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen; die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930“, 68 Seiten. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14) zusammengestellt, in der die zur Zeit wichtigsten Grundfragen der Wirtschaftspolitik eingehender dargelegt werden, als es gewöhnlich innerhalb des beschränkten Raumes von Zeitungsartikeln möglich ist. Die Annahme des Young-Planes hat dafür den äußeren Anlaß. Denn dieser „Neue Plan“ leitet für Deutschland einen neuen Wirtschaftsaufschwung ein; er legt daher einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft nahe, und dies um so mehr, als gerade in diesen Zeitpunkt eine zähe Stockung der wirtschaftlichen Tätigkeit fällt.

Somit verbindet die Schrift durchgehend eine Untersuchung der Entwicklung des letzten Jahrfünfts mit einer unge-

gegen den Feind — die Gewerkschaften. In diesem Zeichen glaubte Merker, die Arbeiter der Gewerkschaftsführung zu entfremden, um sie mit den Unorganisierten zu seinen politischen Sturmtruppen zu vereinen. Merkers Kampf galt ausschließlich den Gewerkschaften. Schrieb er doch in der „Roten Fahne“ in einem Leitartikel im Dezember 1929 wörtlich: „Nur durch unerschrockenes Auftreten gegen... die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie wird das Vertrauen der proletarischen Massen zur oppositionellen Bewegung und zu ihrer eigenen Kraft wachsen.“

Die Massen sind der Parole nicht gefolgt. Trotz wirtschaftlicher Krise, trotz furchtbarer Arbeitslosigkeit und Teuerung haben die Gewerkschaften den wahnsinnigen Angriffen widerstanden. Nicht Merker zerschlug die Gewerkschaften, sondern die in den Gewerkschaften wurzelnde Gewerkschaftsidee zerschlug Merkers Pläne und erschlug schließlich ihn selbst, erschlug ihn mit seinen eigenen Methoden. Er war wohl etwas zu falsch ins Zeug gegangen und hatte in seinem Führerwahnsinn das Autoritätsgebiet der „Großen“ betreten und dabei die von den „Mäßigenden“ vorgeschriebene Richtung verloren. Gerüstet, suchte er „keiner“ Richtung feste Form in der Organisierung von besonderen Gruppen zu geben, ein Gebiet, auf dem er ja firm war. Hier aber wurde er das Opfer seiner eigenen Methoden. Er wurde kaltgestellt, abberufen, weil er das Vertrauen der Zentrale, der augenblicklich herrschenden Richtung, eingebüßt hatte.

In der 13 Begründungspunkte umfassenden Entlassungsentcheidung vom 5. April 1930 heißt es im Strafartikel 6: „Durch diese Stellungnahme wird Genosse Merker zum Hauptvertreter jenes mit linken Phrasen und scheinradikalem Geschrei maskierten Sektierertums.“ Das ist bitter. Das Politische Büro bestätigt aber damit nur, daß wir die radikalen Phrasen immer ganz richtig bewertet haben und daß uns darin auch die organisierten Arbeiter verstanden. Die Arbeiter lehnten die Phrase ab. Sie folgten den Ratsschlüssen der Gewerkschaftsführung.

Im Strafartikel 10 heißt es in bezug auf Merkers Gewerkschaftspolitik: „... in Worten linke, in Taten rechte Politik.“ Hatten wir nicht immer behauptet, daß die radikalen Phrasen nur den Unternehmern Vorteile bringen? Das Politische Büro gibt uns Recht. Die Arbeiter warteten unsonst auf kommunistische Taten. Worte, Phrasen, sonst nichts!

Und im Strafartikel 11 heißt es schließlich: „Das Politische Büro verurteilt aus schärfster diese Fraktionslosigkeit des Genossen Merker. Das Politische Büro weist die Gruppe Merker auf die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale hin, nach denen die Bildung von Fraktionen und Gruppen unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei.“

Das Politische Büro bestätigt also auch hier die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Taktik, ihre offenen Feinde aus ihren Reihen zu entfernen. Zellenbau ist auch bei der KPD streng, sogar ganz streng verboten. Merker hat es zu fühlen bekommen. Die offiziell unter Merkers Leitung mit dem Oppositionskongreß im November begonnene Offensive gegen die Gewerkschaften ist also mit dem Sturz des Führers glatt gescheitert. Aber nichtsdestoweniger wird die KPD mit neuen Phrasen und Brautleuten den Kampf gegen die Gewerkschaften fortsetzen, um zum Schaden der deutschen Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer neue Niederlagen auf alle zu häufen.

In dieser Hoffnung kann man wenigstens nach dem Studium eines Leitartikels der „Roten Fahne“ vom 1. April d. J. leben. Dieser Aufsatz stellt eine Proklamation zum fünften Weltkongreß der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ dar. Es heißt da unter anderem:

„Zugleich damit darf aber auch keinen Augenblick außer acht gelassen werden, daß die proletarische Revolution im Verlaufe des Prozesses des Herauswachsenden einer revolutionären Situation ohne die Schaffung selbständiger revolutionärer Gewerkschaften nicht auskommen kann. Die KPD (Rote Gewerkschaftsinternationale) war niemals ein bloßes ideologisches Zentrum der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung... Die Frage besteht darin, wann, wo und unter welchen Bedingungen selbständige revolutionäre Gewerkschaften geschaffen werden müssen. Sie können und dürfen nur dann und unter solchen Verhältnissen geschaffen werden, in denen sie der revolutionären gewerkschaftlichen Vorhut breitesten Arbeitermassen sichern können. In dieser Hinsicht wird der fünfte Kongreß der KPD einen bedeutenden Wendepunkt darstellen.“

Danach kann die KPD, also gar nicht abstreiten, daß nach wie vor bei der russischen bolschewistischen Gewerkschaftsleitung die Absicht der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften durch die deutschen KPD-Praktiken fortbesteht. Zunächst zerbricht man sich; allerdings den Kopf, wie man trotz aller Mißerfolge an die Massen herankommt. Vielleicht befiehlt der fünfte Weltkongreß, daß sich alle Unorganisierten der Opposition anzuschließen haben, oder er beschließt die Liquidation der Amsterdamer Internationale. Bis es aber so weit kommt, werden noch viele bolschewistische Richtungen und Richtungsmänner kommen und gehen. Das mag die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu ihrem Vorteil beruhigen.

schmähten Darstellung der augenblicklichen Konjunkturlage. An Hand vielfältigen Zahlenmaterials über den Arbeitsmarkt, über Produktion und Umsatz, Außenhandel, Entwicklung der Löhne und Preise, Kreditfähigkeit und Rentabilität der Unternehmungen, werden die bewundernswerten Fortschritte der deutschen Wirtschaft in den verfloßenen Jahren sichtbar gemacht und gleichzeitig die schweren Störungen der letzten Jahre dargelegt, die aus der fortschreitenden Depression des letzten Jahres folgten und vor allen Dingen zu einer Krise am Arbeitsmarkt führten.

Da jene Störung entscheidend von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung beeinflusst worden ist, wird diese Seite des Problems, die in enger Verbindung steht mit den deutschen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland, in dem Rückblick einer besonders eingehenden Untersuchung unterzogen. Aus der Erkenntnis, daß Kapitalbildung innerhalb jeder Wirtschaft notwendig ist, ergibt sich ohne weiteres, daß die Gewerkschaften die Bildung neuen Kapitals unter allen Umständen fördern müssen. Nun ist die Kapitalmenge, die die deutsche Wirtschaft aus eigener Kraft schaffen konnte, im Laufe der letzten Jahre ganz erheblich und in überraschendem Umfange gewachsen. Trotzdem reichte sie für den Bedarf nicht aus. Die Ursachen hierfür sind: die Reparations- und Zinsverpflichtungen ans Ausland; der wachsende Umfang der Erzeugung; die gewaltige Lücke, die Krieg und Inflation in die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Straßen, Verkehrsmitteln usw. gerissen haben; schließlich die notwendig gewordene Produktionsumstellung und die Rationalisierung. Hierzu tritt — was von den Unternehmern gern übersehen wird — die beträchtliche Verschleißung und damit der Verlust von Kapital-

Der Zustrom von Auslandskrediten, der in den ersten Jahren nach der Währungsstabilisierung recht beträchtlich war, hielt leider nicht in wünschenswertem Maße an, teils, weil der ausländische Kapitalmarkt in ungünstigerer Verfassung war als in den Vorjahren, teils wegen gefühlsmäßiger Ursachen (Reparationsverhandlungen, Erschütterung des Vertrauens in die deutsche Währung), teils durch die Abdriftungspolitik des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegenüber der öffentlichen Hand. Die Schrift erläutert die Bedeutung der Auslandsanleihen für die deutsche Wirtschaft und kommt zum Schluss:

„Durch die Kapitaleinfuhr wird im allgemeinen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert. Im übrigen aber steht heute Deutschland nicht vor der Wahl: verstärkte Kapitalbildung oder Kapitaleinfuhr. Wirtschaftspolitisch vernünftig ist heute einzig und allein die Lösung: verstärkte Kapitalbildung durch verstärkte Kapitaleinfuhr.“

Die Zurückhaltung der ausländischen Geldgeber hatte ihren Grund auch in der schwierigen Lage der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, wie ja überhaupt die augenblickliche Wirtschaftslage teilweise auf die Finanzlemme der öffentlichen Körperschaften zurückzuführen ist. Deshalb steht die Frage der Finanzsanierung im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Erörterungen. Demzufolge widmet die Schrift dem Finanzwesen und der Finanzpolitik ein besonderes Kapitel. Mit einer Klarheit und Kürze, wie man sie auf diesem unübersichtlichen Gebiete selten trifft, wird der Aufbau des deutschen Finanzsystems nach seiner Einnahmen- und Ausgaben Seite umrissen, die Verschuldung dargestellt, die durch die Politik des Reichsbankpräsidenten in Verbindung mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage zu der augenblicklichen Finanznot führte und die Wandlung in der sozialen Bedeutung der öffentlichen Haushalte seit dem Kriege herorgehoben. Die Gestaltung des staatlichen Finanzbedarfs zeigt, wie anders der Staat im republikanischen Deutschland im Vergleich mit dem Staat der Kaiserzeit geworden ist, und wie lebenswichtig es für die werktätige Bevölkerung ist, daß dieser Staat geordnete und gegen alle Stürme gesicherte Finanzen hat. Jede Erschütterung der Finanzlage bedeutet daher vor allem eine ernsthafte Bedrohung der sozialen Ausgaben.

Ueber diese Bedrohung der sozialen Ausgaben berichtet ein weiteres Kapitel, das sich nicht nur mit der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge beschäftigt und die Gefahren des von bürgerlicher Seite empfohlenen „solidarischen Ausgleichs“ zwischen den Trägern der Sozialversicherung aufzeigt, sondern darüber hinaus eingehend die finanziellen Grundlagen der Invaliden- und Angestelltenversicherung, der Unfall- und Knappschaftsversicherung sowie der Krankenversicherung untersucht. Es wird die amtliche Feststellung anerkannt, daß die jetzigen Rücklagen der Sozialversicherung, gemessen an der Höhe der Leistungen, die zur notwendigen Sicherheit erforderliche Höhe durchaus nicht überschritten haben. Es wird ferner an Hand der Erhebungen des Bergwerksbundes, des Zimmerer- und Dachdeckerverbandes nachgewiesen, daß die jetzigen weitgehenden Beschränkungen der Kräfteunterstützung nicht aufrechterhalten werden können.

Im Schlufkapitel werden aus diesen Darlegungen die Forderungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im gegenwärtigen Augenblick gezogen.

Die Gewerkschaften halten die Forderung einer planmäßigen Konjunkturpolitik nach wie vor aufrecht. Sie sehen in einer produktiven Arbeitsbeschaffung eine wichtige Voraussetzung für die Vinderung der Elendserscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft. Aber diese Betonung der konjunkturpolitischen Forderungen kann nicht daran hindern, klar zu erkennen, daß zur Zeit die Voraussetzungen für ihre Erfüllung besonders ungünstig sind. Man darf sich keiner Illusion darüber hingeben, daß gegenwärtig Reich, Länder und Gemeinden infolge ihrer Kassenverhältnisse nicht in der Lage sind, ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Deshalb ist es die dringlichste Aufgabe, die Finanznot der öffentlichen Körperschaften durch eine Sparpolitik in vernünftigen Grenzen sowie durch ungehinderte Zulassung zu den ausländischen Kapitalmärkten alsbald zu beheben. Damit wird gleichzeitig der Ansturm der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft — der leider schon einige Opfer gefordert hat — erfolgreich abgewehrt. Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Massenkaufkraft, Bekämpfung des Machtmißbrauchs monopolistischer Unternehmerorganisationen, Förderung der landwirtschaftlichen Produktion unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen, Förderung der Ausfuhr durch Handelsverträge und schließlich eine Finanzreform unter möglicher Schonung des Massenbedarfs und mit sorgfältiger Kontrolle aller Ausgaben bei voller Befriedigung der sozialen Bedürfnisse sind weitere Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände.

Die Schrift ist — wie schon eingangs betont — weder eine Denkschrift noch eine Agitationsbroschüre. Sie ist eine tiefgründige Aufklärungsschrift für unsere Mitglieder, insbesondere für die Funktionäre unserer Bewegung, ähnlich wie die gleichfalls von den drei Spitzenorganisationen vor fünf Jahren herausgegebene Schrift zur Steuerreform. Sie wird nicht nur in der praktischen Werbe- und Aufklärungstätigkeit nützliche Dienste tun, sondern auch für die zahlreichen Schulungskurse der Gewerkschaften und darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung wertvolle Anregung vermitteln.

### Lehrkurse für Betriebsräte.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe teilt mit: In Ausführung mehrerer Beschlüsse des Preussischen Landtages und auf Grund besonderer im Haushalt der Bergverwaltung vom Landtag bewilligter Mittel soll erstmalig im Etatsjahr 1930 eine planmäßige Unterweisung der Betriebsvertretungen des preussischen Bergbaues über Fragen der Unfallverhütung stattfinden. Der Unterricht wird durch die Bergrevierbeamten und ihre Hilfskräfte erteilt werden. Die Lehrgänge werden für die Betriebsvertretungen von Steinkohlenbergwerken sieben Unterrichtstage (zu je einer Doppelstunde), für die Betriebsvertretungen der Erz-, Kalk- und Braunkohlenbergwerke durchschnittlich vier, für die der sonstigen Bergwerke zwei bis drei umfassen. Die von mir mit den Oberbergämtern gepflogenen Verhandlungen haben ergeben, daß die Lehrgänge bei der Belastung der Revierbeamten mit sonstigen Dienstgeschäften und der Höhe der verfügbaren Mittel sich nur dann durchführen lassen, wenn der Kreis der Teilnehmer beschränkt wird und die Ausgaben auf das zur Erreichung des Ziels erforderliche Mindestmaß gesenkt werden. Daher werden zunächst nur diejenigen Mitglieder der Betriebsvertretungen herangezogen werden, denen die Mitwirkung auf dem Gebiet der Unfallverhütung im besonderen obliegt, das sind die Mitglieder (Arbeiter und Angestellten) der Betriebsausschüsse und, wo solche nicht vorhanden sind, die 1. und 2. Vorsitzenden der Betriebsräte bzw. die Betriebsobmänner. Aus dem gleichen Grunde kann den Teilnehmern an den Lehrgängen nur der Erlass der baren Fahrauslagen, jedoch kein Zehrgeld oder dergleichen gewährt werden. Ich hoffe, daß die in Betracht kommenden Mit-

schuhwahl bei dem „reformistischen“ Betriebsobmann und erklärte: „Ich lege mein Amt als Betriebsratsmitglied hiermit nieder.“ Auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Grunde erklärte Preiß folgendes: „Ich habe jetzt eine gute Arbeit und befürchte, wenn ich im Betriebsrat bin und die Versammlungen mitmachen muß, daß ich dann die Arbeit verliere und auf den Platz komme, wo ich nicht denselben Lohn verdiene wie in der Nebengewinnung.“

Kommentar überflüssig!

### Ergebnisse der Betriebsratswahlen.

#### Mitteldeutschland.

Die im mitteldeutschen Braunkohlen-, Kalk- und Erzbergbau unter der Leitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter durchgeführten Betriebsratswahlen zeitigten das nachfolgende Ergebnis:

Es wurden in 102 Betrieben mit rund 44 000 Belegschaftsmitgliedern die Wahlen vorgenommen. Von den 34 042 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste der

	Stimmen	Mandate
freien Gewerkschaften	28 635	523
christlichen Gewerkschaften	853	19
H.-D. Gewerkvereine	42	—
Kommunisten	2 249	27
Gelbe	1 907	29

Von den freigewerkschaftlichen Mandaten entfielen 403 auf unseren Verband.

Nach diesem Wahlergebnis steht fest, daß im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau den freien Gewerkschaften die ausschließliche Führung der Arbeiterschaft gehört. Die obigen Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, daß an dieser Tatsache trotz allem Geschrei der Kommunisten und Gelben nichts geändert wird.

#### Süddeutschland.

Von den 156 gewählten Betriebsratsmitgliedern im Bezirk Süddeutschland erhielten die freien Gewerkschaften 128, davon unser Verband 113, christliche Gewerkschaften 26 und die Gelben 2 Mandate. Andere Listen als die drei vorstehenden wurden in unserem Bezirk nicht eingereicht.

### Kritische Lage der Invalidenversicherung.

Die finanzielle Lage der Träger der Invalidenversicherung hat sich seit der vom Reichsarbeitsminister dem Reichstag vorgelegten letzten Denkschrift über Leistungen und Beiträge in der Invaliden- und Angestelltenversicherung 1927-28 erheblich verschlechtert. Sollte eine Beeinträchtigung der den Trägern der Invalidenversicherung aus Mitteln des Reiches zur Verfügung zu stellenden Beträge durch Zollmittel und Mittel aus der Verbrünnung erfolgen oder würde man den Versicherungsanstalten Leistungserhöhungen auferlegen, ohne ihnen gleichzeitig Deckungsmittel zur Verfügung zu stellen, so würde sich die Lage der Invalidenversicherung noch weiter verschlechtern.

Die Beitragseinnahmen allein reichen nur noch bis einschließlich 1930 aus, um die Ausgaben zu decken. Die Gesamteinnahmen reichen zur Deckung der Ausgaben sehr knapp bis zum Jahre 1932 aus. Bei Verminderung der genannten Reichsmittel wird schon das Jahr 1931 das letzte Ueberdauersjahr sein. Die in den darauf folgenden Jahren entstehenden Fehlbeträge wachsen schnell an. Die Ueberüberschüsse der ersten vier Jahre reichen gerade aus, um die Fehlbeträge der folgenden vier Jahre zu decken. Der Gesamtfehlbetrag während der Jahre 1933 bis 1938 wird sich auf etwa 1,7 Milliarden Mark belaufen, also auf über eine Milliarde Mark mehr, als in den Jahren 1929 bis 1932 zurückgelegt werden kann.

Das Reinvermögen der Träger der Invalidenversicherung betrug Ende 1928 rund 1,28 Milliarden Mark. In diesem Betrage sind Grundstücke, bewegliche Einrichtungen, weiterhin Wertpapiere, Darlehen, Hypotheken und Sparkasseneinlagen enthalten, die als Deckungsmittel nicht in Betracht kommen bzw. nur schwer flüssig gemacht werden können, weil sie vorwiegend in Arbeiterwohnungen, Heilanstalten u. dgl. festgelegt sind.

### Jahrestagung der Geschäftsstelle Frankfurt (Oder).

Am 2. März tagte im Gewerkschaftshause in Frankfurt (Oder) unsere Jahrestagung. Den Jahresbericht gab Kamerad Stroinski. Er führte u. a. aus, daß der Beschäftigungsgrad im Berichtsjahr, abgesehen von den Grünberger Gruben, als gut zu bezeichnen war. Wenn das Ergebnis des Lohnkampfes

### Die 16. Beitragswoche

läuft vom 13. bis zum 19. April 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

## Das Reichsnappschaffsgesetz in der Praxis

Wichtige Neuerschelung!

Wichtige Entscheidungen des Knappschaftsenats, Beschlüsse des Vorstandes der Reichsnappschaff, Gesetze und Verordnungen sowie Erlasse des Reichsarbeitsministeriums

Herausgegeben von Georg Wickmann

Zu beziehen durch unsere Verbandsbuchhandlung

3. Ausgabe • März 1930 • 400 Seiten Preis für Verbandsmitglieder 2 M.

H. Hansmann & Co., Bochum Wiemelhauser Straße 38-42

glieder der Betriebsvertretungen sich hierzu bereitzufinden werden, namentlich wenn sie hier von den Organisationen der Arbeiter auf die Bedeutung der Kurse für ihre Fortbildung hingewiesen werden.

Diese Bereitwilligkeit der Betriebsräte wird sich allerdings nur dann voraussetzen lassen, wenn ihnen kein Lohnausfall durch ein Versäumnis von Schichten entsteht. Diese Frage nach meines Erachtens nur in den Bezirken von Bedeutung sein, in denen die Werke weit auseinander liegen und die Anmarsch- und Anfahrtswege zur Unterrichtsstelle lang sind. Schwierigkeiten werden sich beheben lassen, wenn die betreffenden Werksverwaltungen durch Umlegung von Schichten den Betriebsräten die Teilnahme an den Kursen ermöglichen und in den seltenen Fällen, wo die Betriebsratsmitglieder früher Schichtschluß machen müssen, um den Unterricht rechtzeitig zu erreichen, den an sich geringen Lohnausfall tragen.

### Laplere rote revolutionäre Betriebsräte!

Wie sind diese „Helden“ klein und feige, wenn sie auf Grund der Stimmen, die sie erhalten haben, beweisen sollen, daß sie als „rote“ Betriebsräte mehr leisten sollen als die sogenannten reformistischen Betriebsräte! Ein besonderer Fall verdient festgehalten zu werden: Auf der Zeche Viktor 3-4 haben die sogenannten Oppositionellen und Unorganisierten bei der Wahl über 400 Stimmen erhalten. Unter den gewählten Betriebsratsmitgliedern befand sich auch das unorganisierte „rote“ Betriebsratsmitglied Preiß. Dieser erschien vor der Aus-

## Lungeneidend, 100% friegsbeschädigt

Herr S. Chemnitz, schrieb uns vor kurzem: Als 100% friegsbeschädigter (Lungeneidend) bekomme ich seit einigen Wochen von meinem Arzt Herrn „Nympholan-Sirup“ verrieben. Ich muß bekümmert, daß Nympholan-Sirup das erste Mittel ist, von dem vielen Arzneien, welche ich bis jetzt auswandte, das dem hartnäckigen Leiden Einhalt gebot. Alleinhersteller: Nympholan H. G., Starnberg am See bei München.

**billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfund graue, gute, geschlüpfte Bettfedern 50 Pfg., bessere Qualität 1 M., halbweiße, halbweiße 1 M. 20, 1 M. 40, weiße, halbweiße, geschlüpfte weiße 1 M. 30, 2 M. 20, 3 M. 10, beste geschlüpfte Halbblau-Seevogelbettefedern 4 M., 5 M., 6 M. Graue Halbblau-Seevogelbettefedern 2 M. 75, halbweiße 2 M. 50, weiße 7 M., halbweiße 10 M., Kapfelfedern, ungeschlüpfte mit Stämm, gemischt, halbweiße 1 M. 75, weiße 1 M. 40, 3 M. 20, allezeitiger Planwurp 2 M. 50, 4 M. 20, — Versand jeder beliebigen Menge sofort gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franco. Hinzu ein geladener oder bester zuzü. Müller und Preisliste kostenlos.

**S. Weisch, Bettfedernexport in Prag XII (Böhmen).**

**100 000 de Kinder tragen echte Kieler Matrosen-Anzüge und Mäntel**

Verlangen Sie sofort Gratis-Katalog und Preisliste. Alter u. Körpergröße, Knabe oder Mädchen angeben. 3-4 monat. Kateranzug, ohne Anschlag. Matrosen-Kleider, Jacke u. Hosenanzug, alle 1, 1,50, 2, 2,50, 3, 3,50, 4, 4,50, 5, 5,50, 6, 6,50, 7, 7,50, 8, 8,50, 9, 9,50, 10, 10,50, 11, 11,50, 12, 12,50, 13, 13,50, 14, 14,50, 15, 15,50, 16, 16,50, 17, 17,50, 18, 18,50, 19, 19,50, 20, 20,50, 21, 21,50, 22, 22,50, 23, 23,50, 24, 24,50, 25, 25,50, 26, 26,50, 27, 27,50, 28, 28,50, 29, 29,50, 30, 30,50, 31, 31,50, 32, 32,50, 33, 33,50, 34, 34,50, 35, 35,50, 36, 36,50, 37, 37,50, 38, 38,50, 39, 39,50, 40, 40,50, 41, 41,50, 42, 42,50, 43, 43,50, 44, 44,50, 45, 45,50, 46, 46,50, 47, 47,50, 48, 48,50, 49, 49,50, 50, 50,50.

**Marineversandhaus Bernhard Preller, Kiel 38.**

**Kastenwagen**

Untergestellt pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft, 25 Mark franko.

**Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.)**

**Kameraden, werbt für den Verband!**

**Rosen**

Mein erfindliches Kastenfortament aus den besten langhaltigen, schlagfesten Sorten in allen Farben für Gruppen u. Rabatten in untrüglicher Präzision:

niedrige Büsche 10 Stk. 10 M., —  
hohe Büsche 10 Stk. 10 M., —  
Halbkämme 10 Stk. 10 M., —  
Halbkämme 10 Stk. 10 M., —  
Rechte Bedienung zugesichert!

**W. Kühr, Baumhulen, Gieselerleben-Land.**

**Aber 10 Millionen Fahrräder**

laufen in Teufelskand, warum wollen Sie nicht im Besitz eines Fahrrades sein, wenn Sie ein erschwingliches Rad ohne jeden Zwischenhandel erwerben können? Verlangen Sie sofort Katalog 1930 kostenlos.

**E. u. P. Stricker, Fahrradbau, Brackwede 95 bei Bielefeld.**

**Deutsche Wirtschaftsstunde**

Ein statistisches Volksbuch 400 Seiten gemeinverständlich Text, 75 Schaubilder nur . . . 2,80 M.

Bestellungen mit Zahlungsentempel versehen an:

**H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42**

### Meine Seele singt!

Gedichte von Victor Kalinowski 207 Seiten Preis 75 Pfg. Zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum.

### Heimarbeit

ergibt P. Holter, Breslau Hauptbd.

Verlangen Sie sofort **Gratis** mein Katalog und Preisliste! Sperrlich, Preis 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

### Wenn Schmerzen . . . . . Total-Tabletten!

Total-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten, etc. nach Bestätigung annehmen über 5000 Verze, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Total! Keine unliebsamen Nachwirkungen! Entfaltet die Harmonie! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. N. 1.30, 0.46 Chin, 12.6 Lith, 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

**Ohne Geld**

vorher einzulösen, erhalten Sie

Nr. 91. Uhr, Kanalstr. 100, mit Goldband, 20 M.  
Nr. 92. Uhr, Kanalstr. 100, mit Goldband, 12 M.  
Nr. 93. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 94. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 95. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 96. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 97. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 98. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 99. Herrenuhr, elegant, 16 M.  
Nr. 100. Herrenuhr, elegant, 16 M.

**Keine Extraberechnung von Porto und Versandspesen.** Bestimmungsschreiben und Nachbestellungen gehen täglich ein.

**Zweijährige schriftliche Garantie für jede Uhr.**

**Herbert Kluthe, Uhren-Versand, Berlin SW 11 Kleinboresstrasse 27, Ab. 18.**

